

# Verwaltungsbericht der Fürsorgedirektion = Rapport de gestion de la Direction des œuvres sociales

Autor(en): **Fehr, Hermann / Augsburg, Ueli**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1992)**

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418176>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Direktor: Regierungsrat Hermann Fehr  
Stellvertreter: Regierungsrat Ueli Augsburgberger

Directeur: le conseiller d'Etat Hermann Fehr  
Suppléant: le conseiller d'Etat Ueli Augsburgberger

## 1. Einleitung

1.1 Die Arbeiten zur geplanten Reorganisation der Staatsverwaltung konnten programmgemäss abgewickelt werden. Im September genehmigte der Grosse Rat das neue Organisationsdekret der auf den 1. Januar 1993 vereinigten Gesundheits- und Fürsorgedirektion. Im Hinblick auf diesen Markstein der Organisationsentwicklung der Direktion ist auf folgende Änderungen hinzuweisen. Die Fürsorgeabteilung und das Fürsorgeinspektorat wurden im neuen Fürsorgeamt zusammengelegt. Damit entsteht ein neues und von der Grösse her beachtliches Amt. Die erforderlichen organisatorischen Regelungen wurden nach dem positiven Entscheid des Grossen Rates im September sofort an die Hand genommen, so dass das neue Amt am 1. Januar 1993 vollumfänglich funktionsfähig sein wird. Neu wurde durch den Regierungsrat die Stelle des Beauftragten für Fragen der fürsorgerischen Freiheitsentziehung geschaffen. Der kantonale Fürsorgeinspektor wurde als Beauftragter gewählt. Er ist administrativ dem Fürsorgeamt zugeordnet, fachlich aber direkt dem Gesundheits- und Fürsorgedirektor unterstellt.

Der nun vorliegende ist somit der letzte Verwaltungsbericht der kantonalen Fürsorgedirektion. Mit dem Gesetz über die Organisation der Departemente des Regierungsrates vom 8. November 1831 wurde das Departement des Innern mit dem Armenwesen betraut. Die hierfür zuständige «Abteilung Armenwesen» trat 1877 als selbständige Direktion auf und erschien im Staatskalender 1891/92 erstmals als eigenständige «Direktion des Armenwesens». Auf den 1. Januar 1949 erfolgte die Umbenennung in «Direktion des Fürsorgewesens». Somit findet mit vorliegendem Bericht eine rund 100 Jahre alte Tradition ihren Abschluss.

Die Direktion ist überzeugt, mit dem vom Grossen Rat beschlossenen Dekret der Gesundheits- und Fürsorgedirektion eine zukunftsgerichtete Organisationsstruktur erhalten zu haben zur bestmöglichen Bewältigung der in diesem Bereich anfallenden Problemstellungen.

1.2 Ein Schwerpunkt der Arbeiten im Berichtsjahr lag im Vollzug der vom Grossen Rat, Regierungsrat und der Direktion beschlossenen Sparmassnahmen zur Wiedererlangung des Haushaltgleichgewichtes. Der grössere Teil des Massnahmenpaketes der Direktion kann programmgemäss realisiert werden. In einzelnen Bereichen zeigte sich, dass das Sparziel nicht vollumfänglich erreicht werden wird, was jedoch durch eine Übererfüllung in anderen Sachgebieten kom-

## 1. Introduction

1.1 Les travaux en vue de la réorganisation de l'administration cantonale se sont déroulés conformément au programme prévu. En septembre, le Grand Conseil a adopté le décret d'organisation de la nouvelle Direction de la santé publique et de la prévoyance sociale. Le décret entrera en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 1993. Pour préparer cette réorganisation de la Direction, les modifications suivantes ont été entreprises: le Service de prévoyance sociale et l'Inspection des œuvres sociales ont été réunis en un Office de prévoyance sociale. Un nouvel Office a donc vu le jour, non négligeable de par sa taille. Sitôt acquis l'accord du Grand Conseil en septembre, les règlements d'organisation correspondants ont été élaborés, de telle sorte que le nouvel Office pourra être totalement opérationnel dès le 1<sup>er</sup> janvier 1993. En outre, un nouveau poste a été créé par le Conseil-exécutif, à savoir le poste de délégué à la privation de liberté à des fins d'assistance. L'Inspecteur cantonal des œuvres sociales a été nommé à ce poste. Si, administrativement, le poste est sous l'autorité de l'Office de prévoyance sociale, concrètement, il dépend directement du Directeur de la santé publique et de la prévoyance sociale.

Voici donc le dernier rapport de gestion de la Direction cantonale des œuvres sociales. Conformément à la loi du 8 novembre 1831 sur l'organisation des départements du Conseil-exécutif, le domaine de la pauvreté a été confié au département de l'intérieur. Le service en charge de ce problème, dénommé «Service de l'assistance publique» est devenu une direction indépendante en 1877 et est apparu pour la première fois sous le nom de «Direction de l'assistance publique» dans l'annuaire officiel du canton 1891/92. Il a pris le nom de «Direction des œuvres sociales» le 1<sup>er</sup> janvier 1949. C'est ainsi que le présent rapport est le dernier d'une tradition presque centenaire.

La Direction des œuvres sociales est convaincue qu'avec les nouvelles structures issues du décret du Grand Conseil, la future Direction de la santé publique et de la prévoyance sociale saura, comme par le passé, faire face le mieux possible aux problèmes qui se posent dans ce secteur.

1.2 Au cours de l'exercice, les travaux ont été résolument marqués par la mise en œuvre des mesures d'économie décidées par le Grand Conseil, le Conseil-exécutif et la Direction en vue de rétablir l'équilibre du budget. La plus grande partie du train de mesures décidé par la Direction peut se dérouler comme prévu. Dans certains secteurs, il n'a pas été possible d'atteindre pleinement les objectifs d'économie. Toutefois, le dépassement des objectifs dans d'autres

pensiert werden kann. Gesamthaft – die entsprechenden Beschlüsse der finanzkompetenten Organe vorausgesetzt – kann davon ausgegangen werden, dass die Direktion die verlangten Sparziele des ersten Paketes voraussichtlich leicht übererfüllen wird und zudem eine einzelne Massnahme mit einer bedeutenden Entlastung für den Staatshaushalt vorgezogen werden kann (Änderung Lastenverteilungsschlüssel).

Auf die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Stellenmoratoriums wurde im Berichtsjahr verschiedentlich hingewiesen. Das Thema bildete auch Gegenstand der Diskussion mit den Vertreterinnen und Vertretern der Geschäftsprüfungskommission anlässlich des Verwaltungsbesuches. Durch den Beschluss des Regierungsrates vom Dezember, das Moratorium durch die Umsetzung der Motion Schmid (Abbau von 5% des Stellenetats, Ausnahmebestimmungen) abzulösen, wurde nunmehr eine klare Situation geschaffen.

Um das Controlling der Realisierung der Sparmassnahmen sicherstellen zu können wurde gemeinsam mit der Gesundheitsdirektion eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

Inzwischen hat es sich gezeigt, dass das erste Paket der Massnahmen Haushaltgleichgewicht, insbesondere aufgrund der zu revidierenden Einnahmenprognose, ungenügend ist, um die Zielsetzung eines ausgeglichenen Staatshaushaltes bis 1996 zu erreichen. Der Regierungsrat hat deshalb Ende des Berichtsjahres Auftrag zur Ausarbeitung eines zweiten Sparpaketes erteilt.

1.3 Kantonale Armutsstudie: Im Juni konnte die von der Abteilung für wissenschaftliche Auswertung erarbeitete Armutsstudie der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Sie wurde von den Medien und von Fachleuten der Armutsforschung positiv aufgenommen und gilt als die methodisch fortgeschrittenste Studie dieser Art in der Schweiz; ihre Definitionen und Methoden fliessen zu einem bedeutenden Teil in die gesamtschweizerische Armutsstudie im Rahmen des Nationalen Forschungsprojekts Nr. 29 ein. Im Unterschied zu früheren Untersuchungen anderer Kantone wird «Armut» nicht nur mittels des Einkommens identifiziert, sondern anhand des Einkommens und der effektiven Lebenslage.

In Anbetracht des grossen Interesses, das den Ergebnissen zukommt, wird im folgenden relativ ausführlich berichtet. Es sollen die wichtigsten Ergebnisse dargestellt werden. Für eine vollständige Darstellung sei auf die bei der Abteilung vorliegenden Publikationen verwiesen.

## Ergebnisse

### 1.3.1 Einkommensschwäche-, Armuts- und Unterstützungsquoten der Wohnbevölkerung

Einkommensschwäche, Armut und Unterstützungen<sup>1</sup> im Kanton Bern, 1987 (betroffene Personen und Haushalte)

Auswertungseinheit	Einkommensschwäche		Armut		Unterstützung <sup>1</sup>	
	Quote <sup>2</sup> (%)	Anzahl Betroffene <sup>3</sup>	Quote <sup>2</sup> (%)	Anzahl Betroffene <sup>3</sup>	Quote <sup>2</sup> (%)	Anzahl Betroffene
Erwachsene Personen	20,1	129 000	15,0	97 000	–	–
Personen inkl. Kinder	20,4	190 000	16,2	151 000	2,1	19 486
Haushalte	23,1	104 000	19,8	75 000	–	–

<sup>1</sup> inkl. Zuschüsse nach Dekret

<sup>2</sup> Anteil der Betroffenen an der Grundgesamtheit der jeweiligen Auswertungseinheit

<sup>3</sup> hochgerechnet

Wie die Tabelle zeigt, ist rund ein Fünftel aller Personen einkommensschwach und knapp ein Sechstel arm. Bezogen auf die Haushalte ist die Situation etwas ungünstiger: fast ein Viertel der Haushalte ist einkommensschwach, ein Fünftel arm. Dies ist dadurch zu erklären, dass die kleinen Haushalte, besonders alleinstehende Frauen und

secteurs a permis de compenser ce manque de réussite. Dans l'ensemble, sous réserve des décisions correspondantes des organes financiers compétents, on peut s'attendre à ce que la Direction dépasse légèrement les objectifs du premier train de mesures d'économie. En outre, la Direction est à même d'envisager une mesure de nature à décharger notablement le budget du canton (modification de la clé de répartition des charges).

Au cours de l'exercice, les difficultés d'application du moratoire sur le repourvolement des postes vacants ont donné lieu à diverses prises de position. Ce thème fut aussi au centre des discussions menées avec les représentants de la Commission de gestion à l'occasion de leur inspection dans la Direction. Grâce à la décision, prise en décembre par le Conseil-exécutif, de remplacer le moratoire par l'application de la motion Schmid (Réduction du personnel de l'Etat, dispositions relatives aux exceptions), la situation a pris enfin une tournure plus claire.

Mis sur pied conjointement avec la Direction de l'hygiène publique, un groupe de travail a été chargé de veiller à la bonne réalisation des mesures d'économie.

Entre-temps, les prévisions concernant les recettes cantonales devant être revues à la baisse, il est devenu patent que le premier train de mesures sera insuffisant pour atteindre l'objectif du rétablissement de l'équilibre budgétaire d'ici à 1996. C'est pourquoi, en fin d'exercice, le Conseil-exécutif a demandé l'élaboration d'un second train de mesures d'économie.

1.3 Etude cantonale sur la pauvreté: le mois de juin a vu la publication de l'étude cantonale sur la pauvreté exécutée par le Service d'évaluation scientifique. L'étude a reçu un accueil favorable de la part des médias et des spécialistes de la recherche sur la pauvreté, et peut être considérée, du point de vue méthodologique, comme l'exemple le plus avancé de ce type de travail en Suisse. Les définitions et les méthodes qu'elle préconise servent en grande partie à l'étude nationale sur la pauvreté élaborée dans le cadre du projet national de recherche N° 29. Contrairement aux études antérieures menées dans d'autres cantons, le concept de pauvreté n'est plus seulement rattaché au revenu, mais défini par rapport au revenu et aux conditions de vie effectives.

En raison du grand intérêt des résultats, nous allons en rendre compte ici de manière assez détaillée et exposer les résultats les plus significatifs. Pour des explications plus complètes, il faut se référer aux publications du Service d'évaluation scientifique.

## Résultats

### 1.3.1 Quotas de population disposant de bas revenus, en état de pauvreté et bénéficiant de mesures d'assistance

Faiblesse des revenus, pauvreté et assistance<sup>1</sup> dans le canton de Berne, 1987 (personnes et ménages concernés)

Unité d'éval.	Faiblesse de revenu		Pauvreté		Assistance <sup>1</sup>	
	Quota <sup>2</sup> (%)	Nb de pers. conc. <sup>3</sup>	Quota <sup>2</sup> (%)	Nb de pers. conc. <sup>3</sup>	Quota <sup>2</sup> (%)	Nb de pers. conc.
Adultes	20,1	129 000	15,0	97 000	–	–
Pers., y. c. enfants	20,4	190 000	16,2	151 000	2,1	19 486
Ménages	23,1	104 000	19,8	75 000	–	–

<sup>1</sup> Y compris les allocations par décret

<sup>2</sup> Part des personnes concernées de l'ensemble de l'unité d'évaluation

<sup>3</sup> Extrapolation

Comme le montre le tableau, environ un cinquième de la population dispose de revenus dits faibles et presque un sixième est considéré comme pauvre. Rapportée aux ménages, la situation est encore plus critique: presque un quart des ménages dispose de revenus faibles, un cinquième est considéré comme pauvre. On peut expliquer ces

Männer, eher unterdurchschnittliche Einkommen aufweisen. Die ge-  
läufige Vorstellung, wonach kinderreiche Familien besonders von Ein-  
kommensschwäche betroffen sind, trifft also nicht zu.

Die Unterstützungsquote (Fürsorge- und Zuschussempfänger) liegt  
deutlich unter den Einkommensschwäche- und Armutsquoten. Nur  
etwa ein Zehntel der einkommensschwachen Personen, bzw. ein  
Achtel der armen Personen, beziehen Fürsorgeunterstützungen oder  
Zuschüsse nach Dekret.

1.3.2 Welche Bevölkerungsgruppen sind besonders betroffen? Das  
statistische Risiko, einkommensschwach zu sein, ist nicht für alle  
Bevölkerungsgruppen gleich. Es variiert stark mit soziodemographi-  
schen (Alter, Geschlecht, Zivilstand usw.) und Lebenslagenmerk-  
malen (alleinerziehend, behindert, nichterwerbstätig, usw.). Entspre-  
chend unterschiedlich fallen die Einkommensschwächequoten aus.  
Unter den soziodemographischen Merkmalen unterscheiden beson-  
ders das Alter, der Zivilstand und die Haushaltsstruktur (Zivilstand  
kombiniert mit Geschlecht und Kinderzahl) zwischen über- und unter-  
durchschnittlichem Risiko. Demgegenüber kommt dem Geschlecht  
allein geringe Erklärungskraft zu.

Am meisten Einkommensschwache befinden sich nach dem Alter in  
der Altersklasse der 20- bis 29jährigen. Ein Drittel der Personen die-  
ser Gruppe, oder hochgerechnet knapp 45 000, sind einkommens-  
schwach, während unter den 50- bis 59jährigen nur etwa 8 Prozent  
einkommensschwach sind. Vom Pensionierungsalter an nimmt die  
Einkommensschwäche wieder stark zu, um bei den über 69jährigen  
fast 30 Prozent zu erreichen.

Nach dem Zivilstand sind die Verheirateten nur halb so stark, die  
Ledigen fast doppelt so stark von Einkommensschwäche betroffen  
wie die Durchschnittsbevölkerung.

Nach der Haushaltsstruktur spielt es – entgegen landläufigen Vorstel-  
lungen – keine grosse Rolle, ob Kinder zum Haushalt gehören oder  
nicht. Bemerkenswert ist hingegen, dass alleinstehende Frauen ein  
fast ebenso hohes Einkommensschwächerisiko wie alleinerziehende  
haben; sie stellen mit rund 46 000 gegenüber 5600 viel mehr betrof-  
fene Haushalte, obwohl in der öffentlichen Diskussion weniger von  
ihnen die Rede ist. Auch alleinlebende Männer haben ein stark erhöh-  
tes Risiko; sie stellen die zweitgrösste Gruppe der einkommens-  
schwachen Haushalte.

1.3.3 Welches sind die häufigsten Probleme der Betroffenen? Zu den  
häufigsten Problemen der Einkommensschwachen und Armen zäh-  
len neben dem Alleinleben Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt  
infolge schlechter Berufsbildung (s. Tabelle) und sozialer Integration,  
mangelnde Versicherung gegen finanzielle Folgen von Krankheit und  
andern Risiken, ungünstige Wohnverhältnisse und Abhängigkeit von  
finanzieller Hilfe durch Angehörige, Ausgleichskasse oder Fürsorge-  
behörden. Es sind dies Probleme, die jeden dritten bis siebenten  
Armen betreffen.

Besonders bemerkenswert ist folgender Befund: Über die Hälfte der  
betroffenen Haushalte sind einkommensschwach, obwohl wenig-  
stens eine Person im Haushalt normal erwerbstätig ist. Ein Teil dieser  
Personen gehört zu den sogenannten Working poor, d.h. ihre Ein-  
kommensschwäche kann nur durch tiefe Löhne erklärt werden.

Bei den Empfängern von Fürsorgeunterstützungen ist der Anteil der  
nicht oder nur beschränkt Erwerbstätigen höher. In über der Hälfte  
der Fälle ist ein vollständiger oder teilweiser Wegfall des bisherigen  
Einkommens Anlass für den Gang zur Fürsorge. Häufigste Gründe  
dafür sind die Auflösung der Familie infolge Scheidung (ein Fünftel  
der Fälle, fast ausschliesslich Frauen) und krankheitsbedingte Er-  
werbslosigkeit (18%). Bei einem knappen Fünftel der Unterstüt-  
zungsabhängigen lag der Anlass in ausgabenseitigen Problemen; je  
zur Hälfte waren dies Krankheitskosten und Schulden.

pourcentages par le fait que les petits ménages, notamment les fem-  
mes ou hommes seuls, disposent de revenus plutôt en-dessous de la  
moyenne. L'idée répandue selon laquelle les bas revenus sont l'apa-  
nage des familles nombreuses est donc erronée.

Le pourcentage de personnes bénéficiant de mesures d'assistance  
(bénéficiaires de prestations d'assistance et d'allocations spéciales)  
est nettement inférieur à celui des personnes à bas revenus ou en  
état de pauvreté. Seul un dixième des personnes à bas revenus, et  
seul un huitième des personnes pauvres touchent des prestations  
d'assistance ou des allocations spéciales par décret.

1.3.2 Quelles sont les catégories sociales les plus touchées? Le ris-  
que statistique d'être une personne à bas revenu n'est pas le même  
pour tous les groupes de la population. La vulnérabilité varie beau-  
coup selon les critères sociodémographiques (âge, sexe, état civil,  
etc.) et les critères de vie (personnes élevant des enfants, handica-  
pés, inactifs, etc.). Les quotas de personnes à bas revenus varient  
selon ces données.

Parmi les critères sociodémographiques, ce sont notamment l'âge,  
l'état civil et la composition du ménage (état civil combiné avec le  
sexe et le nombre d'enfants) qui font la différence entre une vulnérabi-  
lité au-dessous ou au-dessus de la moyenne. En revanche, le cri-  
tère du sexe pris isolément est le moins significatif pour déterminer la  
vulnérabilité.

Les plus vulnérables se trouvent dans le groupe d'âge des 20 à 29  
ans. Un tiers des personnes de ce groupe, soit presque 45 000  
personnes, disposent de bas revenus, alors que ce pourcentage  
descend à environ 8 pour cent pour le groupe d'âge des 50 à 59 ans.  
Le nombre des personnes à bas revenus grimpe de nouveau nota-  
blement à l'âge de la retraite, pour atteindre presque les 30 pour cent  
pour les plus de 69 ans.

Si l'on prend le critère de l'état civil, les personnes mariées sont deux  
fois moins vulnérables et les célibataires presque deux fois plus vul-  
nérables que la moyenne des gens.

Dans la composition du ménage, qu'il y ait ou non des enfants  
importe peu, contrairement à l'idée répandue. En revanche, il est à  
noter que les femmes célibataires sont presque autant exposées au  
risque de bas revenus que les personnes élevant seules des enfants;  
avec 46 000 femmes célibataires contre 5600 personnes élevant  
seules des enfants, elles sont beaucoup plus touchées que les  
autres catégories de ménages, bien qu'on parle peu d'elles. Les  
hommes célibataires sont également fortement exposés, puisqu'ils  
représentent le deuxième groupe le plus touché par la faiblesse des  
revenus.

1.3.3 Quels sont les problèmes les plus fréquents des personnes  
concernées? Parmi les problèmes les plus fréquents rencontrés par  
les personnes pauvres et à bas revenus, on compte, à part la soli-  
tude, les difficultés d'emploi par manque de formation profession-  
nelle (v. tableau) et d'intégration sociale, l'absence d'assurance  
contre les conséquences financières de la maladie et autres risques,  
les conditions de logement difficiles et la dépendance financière à  
l'égard de la famille, de la caisse de compensation ou des autorités  
d'assistance. Parmi les pauvres, il y a une personne sur sept jusqu'à  
une personne sur trois qui connaît l'un ou l'autre de ces problèmes.  
Une révélation de taille: plus de la moitié des ménages aux revenus  
modestes ont en leur sein au moins une personne qui travaille norma-  
lement. Certaines d'entre elles appartiennent à ce qu'il est convenu  
d'appeler les «Working poor», c'est-à-dire des gens dont la faiblesse  
des revenus ne peut s'expliquer que par la faiblesse du salaire.

Parmi les bénéficiaires de l'aide sociale, la proportion de personnes  
qui ne travaillent pas ou travaillent peu est plus forte. Dans plus de  
la moitié des cas, c'est la perte de tout ou partie du salaire qui condi-  
tionne le recours à l'aide sociale. Cette perte est due, dans la majorité  
des cas, à la dissolution de la famille après un divorce (un cinquième  
des cas, pour l'essentiel des femmes) ou à la perte de l'emploi à la  
suite d'une maladie (18%). Près d'un cinquième des cas d'assistance  
s'explique par des dépenses extraordinaires, pour lesquelles les frais  
de maladie et les dettes entrent chacun pour moitié.

Bildungs- und Berufssituation der Einkommensschwachen, der Armen- und Fürsorgeempfänger im Kanton Bern, 1987

Schulbildung Beruf	Anteil in Prozenten aller		
	Einkommens- schwachen	Armen	Fürsorge- empfänger
Fehlender Volksschulabschluss	5	6	-
Fehlender Lehr- oder Berufsschulabschluss	23	28	-
Total	28	34	-
Nur obligatorische Schule besucht	-	-	71
Hilfsarbeiter, angeleitete Arbeiter	-	-	42
Ungeleitete Dienstleistungs- angestellte	-	-	22

1.3.4 Umsetzung der Ergebnisse: Die bernische Staatsverfassung und das Fürsorgegesetz verpflichten Staat und Gemeinden, die Ursachen der Verarmung zu erforschen und zu bekämpfen. Welche Massnahmen hierzu ergriffen werden sollen, kann eine Grundlagenstudie der vorgelegten Art zwar nicht begründen; sie vermag aber jene Bereiche aufzuzeigen, in denen besonderer Handlungsbedarf besteht. Es sind dies in erster Linie die Bereiche Schul- und Berufsbildung, Arbeitsmarkt, Einkommensverteilung (Lohn- und Steuerpolitik) und Sozialpolitik. In keinem Falle kann die Aufgabe der Armutsbekämpfung dem Fürsorgewesen allein zugewiesen werden. Die zu lösenden Aufgaben sind directionsübergreifend, anspruchsvoll und – in Anbetracht der raschen Zunahme der Arbeitslosen und der Unterstützungsfälle – dringlich.

Im Anschluss an die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse wurde deshalb eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die unter der Leitung des Abteilungsvorstehers im letzten Quartal des Berichtsjahres rund 60 konkrete Massnahmenvorschläge und sechs prioritär weiterzubearbeitende Themenbereiche mit ersten Schritten erarbeitete. Der Bericht der «Arbeitsgruppe Armutsbekämpfung» konnte dem Direktionsvorsteher vor Ende Jahr mit Anträgen zum weiteren Vorgehen unterbreitet werden; konkrete Beschlüsse sind 1993 fällig.

1.3.5 Städtische Armutsstudie: Parallel zur kantonalen Armutsstudie konnte die Auswertung der städtischen Stichproben einkommensschwacher, armer und unterstützter Personen bzw. Haushalte abgeschlossen und dem Fürsorgeamt der Stadt Bern zur Verfügung gestellt werden. Der städtische Bericht wurde im Herbst des Berichtsjahres ebenfalls veröffentlicht und kommt zu ähnlichen Befunden wie die kantonale Studie.

1.3.6 Nationale Armutsstudie: Der Vorsteher der Abteilung für wissenschaftliche Auswertung arbeitet in der wissenschaftlichen Projektleitung dieser im Rahmen des Nationalen Forschungsprogrammes Nr. 29 finanzierten Studie mit. Die Studie übernimmt die Grundgedanken der Berner Untersuchungsanlage. Sie konnte im Berichtsjahr plangemäss fortgeführt werden; die Ergebnisse sind im Jahr 1995 zu erwarten.

## 2. Bericht der Abteilungen

### 2.1 Direktionssekretariat

#### 2.1.1 Personelles

Im Berichtsjahr traten in den Dienst der Direktion Merz Chantale, Stalder Thomas und Winkler Denise bei der Fürsorgeabteilung bzw. der ihr angegliederten Asylkoordination. Diese Abteilung verliessen

Formation et situation professionnelle des personnes à bas revenus, des pauvres et des bénéficiaires de l'aide sociale dans le canton de Berne, 1987

Formation scolaire Profession	Part en pour-cent de toutes les personnes		
	Pers. à bas revenus	Pauvres	Bénéficiaires de l'aide sociale
Ecole primaire non achevée	5	6	-
Absence de certificat d'apprentissage ou de diplôme d'école professionnelle	23	28	-
Total	28	34	-
Scolarité obligatoire seulement	-	-	71
Manœuvres, travailleurs semi-qualifiés	-	-	42
Employés non qualifiés du tertiaire	-	-	22

1.3.4 Interprétation des résultats: la Constitution cantonale et la loi sur les œuvres sociales obligent l'Etat et les communes à identifier et à combattre les causes de la paupérisation. Une étude de fond comme celle qui nous est proposée ne peut en tout cas pas servir à déterminer les mesures qui doivent être prises à cet égard. En revanche, elle permet de reconnaître les domaines dans lesquels il est nécessaire d'agir. Ce sont plus particulièrement les domaines de la formation scolaire et professionnelle, de l'emploi, de la répartition des richesses (politique salariale et fiscale) et de la politique sociale. Une chose est certaine: la prévoyance sociale ne peut à elle seule lutter contre la pauvreté. Les problèmes à résoudre sortent du cadre d'une seule Direction, et la lutte contre la pauvreté demandera beaucoup d'efforts. En outre, au vu de la brusque augmentation du nombre des chômeurs et des cas d'assistance, il faut agir vite.

Suite à la publication des résultats de l'étude, un groupe de travail a été formé. Sous la conduite du chef du Service d'évaluation scientifique, le groupe de travail a élaboré au dernier trimestre une soixantaine de propositions pour des mesures concrètes et désigné six domaines à étudier en priorité. Le rapport du groupe de travail, présenté au chef de la Direction avant la fin de l'année, comportait des propositions d'action. Les décisions concrètes sont attendues en 1993.

1.3.5 Etude sur la pauvreté de la ville de Berne: parallèlement à l'étude cantonale sur la pauvreté, on a pu procéder à l'évaluation de la faiblesse des revenus et de la pauvreté des personnes et des ménages à l'échelle de la ville et porter les résultats à la connaissance de l'Office de la prévoyance de la ville de Berne. Le rapport sur la pauvreté dans la Ville de Berne, publié également en automne de cette année, laisse apparaître des résultats comparables aux résultats cantonaux.

1.3.6 Etude nationale sur la pauvreté: le chef du Service d'évaluation scientifique participe à l'élaboration de cette étude, financée dans le cadre du programme national de recherche N° 29. L'étude nationale reprend les idées forces de la recherche cantonale. Elle a pu être menée conformément au programme prévu pour l'exercice et les résultats sont attendus pour l'année 1995.

## 2. Rapport des divers services

### 2.1 Secrétariat de direction

#### 2.1.1 Personnel

Durant l'exercice sont entrés au service de la Direction: M<sup>me</sup> Chantale Merz, M. Thomas Stalder et M<sup>me</sup> Denise Winkler au Service de prévoyance sociale ou, plus précisément, au Service de coordination en

Brand Thomas, Klemmer Regula, Mazzoletti Piero, Schiess Daniel und Schmid Franziska. Mit Dank für die geleisteten Dienste wurde Adolf Steinmann in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Im Fürsorgeinspektorat waren zwei Eintritte, Alfiev Charlotte und Haueter Witschi Denise, sowie eine Demission, Iseli Daniel, zu verzeichnen. Die Direktion hatte schliesslich den Tod von Furrer Verena, Geschäftsführerin des Bernischen Hilfswerkes, zu beklagen, die nach kurzer Krankheit ihrem schweren Leiden erlag.

### 2.1.2 Kantonale Kommissionen

Die Kantonale Fürsorgekommission trat im Berichtsjahr zu 8 (Vorjahr 8) Sitzungen zusammen. Dabei wurden 26 (40) Geschäfte begutachtet, wobei wiederum Bau- und Betriebsgeschäfte von Fürsorgeinstitutionen im Vordergrund standen. Als Ersatz für die auf Mitte 1992 zurückgetretenen Mitglieder Margaretha Spillmann und Lukas Bäümle wurden Christian Bärtschi und Albert Blaser gewählt. Auf Ende Jahr ist auch Pierre-Alain Schmid als Kommissionsmitglied zurückgetreten.

Die Kantonale Kommission zur Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs tagte im Berichtsjahr fünfmal. Sie befasste sich unter anderem wiederholt mit den Forschungsprojekten des Bundes zur Verschreibung von Betäubungsmitteln und den im Kanton Bern geplanten Teilprojekten in den Städten Bern, Biel und Thun. Die Vernehmlassung zum kantonalen Gastwirtschaftsgesetz, Spritzenumtauschprojekte sowie Grundlagenarbeiten für ein kantonales Alkoholkonzept waren weitere wichtige Themen der Kommission und ihrer Untergruppen «Alkohol» und «Drogen».

### 2.1.3 Bekämpfung des Alkoholismus

Das Therapie- und Rehabilitationszentrum für suchtkranke Frauen, Wysshölzli in Herzogenbuchsee, konnte im August sein 100jähriges Bestehen feiern. Was Ende des letzten Jahrhunderts pionierhaft begonnen wurde, wird heute mit voller Überzeugung weiterentwickelt: Den geschlechtsspezifischen Ursachen für die Suchtentwicklung wird in der Therapie eine grosse Bedeutung beigemessen.

Der Bericht über die geplante Nutzung des ehemaligen Knabenheims in Aarwangen wurde zuhanden des Grossen Rates ausgearbeitet und von diesem in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen. Das vorgesehene Wohnheim für Alkoholranke entspricht einem grossen Bedürfnis. Wie auch die Eidgenössische Kommission für Alkoholfragen feststellte, nehmen die Verwahrlosungs- und Verelendungstendenzen bei Alkoholabhängigen in besorgniserregendem Ausmass zu, und es fehlen für diese Gruppe spezifische Einrichtungen.

Sozialtherapeutisches Zentrum Kirchlindach: Am 18. Dezember 1991 hat der Regierungsrat für dringende Reparaturen an den elektrischen Installationen und der Trafostation einen Kredit von 200 000 Franken bewilligt. Die Arbeiten wurden ausgeführt. Um den Betrieb bis zur Realisierung der geplanten Gesamtanierung aufrechtzuerhalten, hat der Grosse Rat am 4. November für Sofortmassnahmen Kosten von 775 000 Franken bewilligt. Das Vorprojekt für das Um- und Neubauvorhaben liegt vor. Die Kostenschätzung ergibt Gesamtkosten von ca. 26,7 Mio. Franken, wovon rund 25 bis 30 Prozent durch das Bundesamt für Sozialversicherung gedeckt werden.

Da im französischsprachigen Kantonsteil eine grosse Lücke hinsichtlich des Betreuungsangebotes für Alkoholranke besteht, wurde das Konzept der Gemeinnützigen Gesellschaft des Amtsbezirks Courtelary für das Wohnheim Croix-bleue in Tramelan in zustimmendem Sinne bearbeitet. Ein Grossratsbeschluss zum Erwerb und Umbau der Liegenschaft ist für 1993 geplant.

matière de requérants d'asile qui lui est affilié. Ont quitté ce service: M. Thomas Brand, M. Piero Mazzoletti, M. Daniel Schiess, M<sup>me</sup> Regula Klemmer, et M<sup>me</sup> Franziska Schmid. A quitté la Direction avec remerciements pour les services rendus M. Adolf Steinmann, qui a pris une retraite bien méritée. L'Inspection des œuvres sociales a vu l'entrée en fonction de deux personnes, M<sup>me</sup> Charlotte Alfiev et M<sup>me</sup> Denise Haueter Witschi, ainsi que la démission de M. Daniel Iseli. Enfin, la Direction a déploré le décès de M<sup>me</sup> Verena Furrer, gérante de l'Œuvre bernoise de secours, qui a succombé après une courte maladie.

### 2.1.2 Commissions cantonales

Au cours de 8 séances (pour 8 l'exercice précédent) qui ont réuni, durant cet exercice, la Commission cantonale des œuvres sociales, 26 affaires (contre 40 l'exercice précédent) ont pu être traitées, dont la plupart ont à nouveau porté sur des subventions à la construction et à l'exploitation en faveur d'institutions sociales. En remplacement des membres ayant quitté la Commission au milieu de l'année 1992, M<sup>me</sup> Margaretha Spillmann et M. Lukas Bäümle, ont été choisis MM. Christian Bärtschi et Albert Blaser. Un troisième membre de la commission, M. Pierre-Alain Schmid s'est également retiré à la fin de cette année.

La Commission cantonale de lutte contre les toxicomanies s'est réunie cinq fois au cours de l'exercice. Elle s'est préoccupée entre autres à nouveau du projet fédéral de recherche sur la prescription de drogues et des projets analogues prévus dans les villes de Berne, Bienne et Thoun. La commission et ses groupes de travail «drogue» et «alcoolisme» se sont également dûment intéressés à la procédure de consultation de la loi cantonale sur l'hôtellerie et la restauration, au projet de distribution de seringues ainsi qu'aux travaux de base en vue de la lutte contre l'alcoolisme au niveau cantonal.

### 2.1.3 Lutte contre l'alcoolisme

Le Centre de thérapie et de réadaptation «Wysshölzli» pour les femmes toxicomanes, à Herzogenbuchsee, a fêté en août son centième anniversaire. L'idée pionnière lancée à la fin du siècle dernier, à savoir l'importance pour la thérapie de reconnaître des causes spécifiques selon le sexe à l'abus de drogues, continue à être développée aujourd'hui avec conviction.

Le Grand Conseil a accueilli favorablement le rapport sur le changement d'affectation de l'ancien foyer scolaire d'Aarwangen, élaboré à son intention. Le foyer pour alcooliques qu'on envisage d'installer répond à une grande nécessité. Comme le rappelle également la Commission fédérale pour les problèmes liés à l'alcool, alors que l'on constate avec inquiétude que les alcooliques sont de plus en plus nombreux à tomber dans la déchéance et la pauvreté, il n'existe pas suffisamment de structures d'encadrement pour ces personnes.

Le centre socio-thérapeutique de Kirchlindach a obtenu le 18 décembre 1991 du Conseil-exécutif l'octroi d'un crédit de 200 000 francs pour la réparation urgente des installations électriques et du transformateur. Les travaux ont été exécutés. Afin de permettre le fonctionnement du centre jusqu'à la fin des travaux d'assainissement prévus, le Grand Conseil a dégagé le 4 novembre une somme de 775 000 francs pour couvrir les mesures d'urgence. L'avant-projet concernant la construction et la transformation du centre est réalisé. Le coût total est estimé à environ 26,7 millions de francs, dont 25 à 30 pour cent seront pris en charge par l'Office fédéral des assurances sociales.

Etant donné la pénurie de prestations pour alcooliques de la partie francophone du canton, le projet élaboré par la Société d'intérêt public du district de Courtelary concernant le foyer de la Croix-Bleue à Tramelan a reçu un accueil favorable. Un arrêté du Grand Conseil en vue de l'acquisition et de la transformation de l'hospice est en préparation pour 1993.

2.1.4 *Bekämpfung des Drogenmissbrauchs*

Mit der Schliessung des Kocherparks in Bern wurden die Gemeinden im Kanton vermehrt mit der Drogenproblematik konfrontiert, was sich vor allem in einer starken Inanspruchnahme der zuständigen Fachgruppe der Direktion durch Beratungen ausdrückte. Durch die Mitarbeit bei den dezentralen Weiterbildungsveranstaltungen der Höheren Fachschule für Sozialarbeit, die 1993 abgeschlossen werden sollen, konnten die Behördemitglieder allgemein über ihre Möglichkeiten im Umgang mit diesen Fragen informiert und dadurch wichtige Prozesse in Gang gebracht werden. Die von der Stadt Bern beschlossene Strategie für den Umgang mit Drogenabhängigen erforderte ein verstärktes Engagement in der Zusammenarbeit mit der Stadt und den entsprechenden Institutionen. Dank der neueröffneten Anlaufstelle an der Murtenstrasse in Bern konnte die Überlebenshilfe für die Abhängigen nach der Schliessung der offenen Szene im Kocherpark durch die Stadt Bern aufrechterhalten werden. Gleichzeitig wurden die negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung in tragbaren Grenzen gehalten.

Das Krankenzimmer für pflegebedürftige Drogenabhängige konnte nicht in dem vom Trägerverein geforderten Ausmass finanziell unterstützt werden, worauf die Institution im März geschlossen wurde. Ein neues Konzept für diese wichtige Institution liegt vor. Sobald die Fragen der Liegenschaft und der geeigneten Trägerschaft geklärt sind, kann dem Grosse Rat ein entsprechender Beschlussesentwurf vorgelegt werden.

Im Juni stimmte der Grosse Rat den Vorlagen für Betriebsbeiträge an die drei niederschweligen Entzugseinrichtungen «Freier Fall» in Bern, «Klarer Fall» in Thun und «Fallschirm» in Biel sowie an die zwei Anlaufstellen an der Nägeligasse und der Murtenstrasse in Bern zu.

Die Arbeit am Projekt «Versuche mit ärztlicher Verschreibung von Betäubungsmitteln», an dem sich die Städte Bern, Biel und Thun beteiligen, wurde wieder aufgenommen, als vom Bund der lange erwartete Verordnungsentwurf vorlag. Im Oktober konnte das Projekt beim Bundesamt für Gesundheitswesen eingereicht werden.

2.1.5 *Gesundheitsförderung*

Aus dem Fonds zur Krankheitsbekämpfung konnten verschiedene Gesundheitsförderungsprojekte, u. a. die Gesundheitstage in Langnau und Meiringen, Suchtpräventionsprojekte im Schulversuch Spiegel und bei Kindergärtnerinnen in Biel unterstützt werden. Das Projekt Suchtprävention und Gesundheitsförderung am Seminar Thun (Motion Scherrer: Drogenbekämpfungskampagne in der Schule) ist angelaufen. Die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer sollen während ihrer Seminarzeit Grundlagen zur Suchtprävention und Gesundheitsförderung innerhalb der Schule erhalten. Um Suchtpräventions- und Gesundheitsförderungs-Organisationen zu stärken, wurden erste Gespräche zur Realisierung einer gemeinsamen Trägerschaft geführt. Wie in zehn weiteren deutschsprachigen Kantonen wurde der Bevölkerung über Apotheken und Drogerien versuchsweise die Wochenagenda «Gesundheitsplaner 1993» abgegeben.

2.1.6 *Rechtsabteilung*

Die administrativ der Gesundheitsdirektion zugeordnete Rechtsabteilung behandelt auch die Rechtsgeschäfte der Fürsorgedirektion; sie ist als gemeinsame Abteilung für beide Direktionen tätig.

Die im letzten Verwaltungsbericht erwähnten Arbeiten für eine Teilrevision des Fürsorgegesetzes wurden im Verlaufe des Berichtsjahres in Angriff genommen. Mit einer ersten Teilrevision soll für den ausschliesslich aus Bundesmitteln geäuften, zweckgebundenen Fonds für Suchtprobleme eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit dessen Existenz über den 1. Januar 1994 hinaus

2.1.4 *Lutte contre l'abus de la drogue*

Suite à la fermeture du Kocherpark à Berne, les communes du canton se sont vues de plus en plus obligées de faire face au problème de la drogue. Dans les faits, cela s'est traduit par une plus grande mise à contribution des groupes spécialisés de la Direction dans le domaine de la consultation. Grâce aux cours décentralisés de formation complémentaire en collaboration avec l'Ecole supérieure de travail social, qui devraient se terminer en 1993, les responsables ont été informés sur l'ensemble des moyens d'action dont ils disposent dans ce domaine. D'importants projets ont pu dès lors être mis en route. La stratégie décidée par la Ville de Berne en matière de drogue a entraîné un renforcement de la collaboration avec la ville et les institutions correspondantes. La fermeture du Kocherpark à Berne a été compensée par l'ouverture d'une antenne à la Murtenstrasse à Berne, qui, en même temps qu'elle permettait aux toxicomanes de continuer à trouver de l'aide, contribuait, par l'arrêt de la consommation de drogues en public, à calmer les inquiétudes de la population.

N'ayant pas bénéficié de la totalité du soutien financier souhaité par son organe responsable, le dispensaire pour toxicomanes nécessitant des soins a fermé ses portes en mars. Il existe déjà un nouveau projet pour cette importante institution. Un projet d'arrêté correspondant sera soumis au Grand Conseil dès qu'auront été réglées les questions de l'emplacement et du futur organe responsable.

En juin, le Grand Conseil a approuvé les projets d'aide à l'exploitation des trois centres de désintoxication «Freier Fall» à Berne, «Klarer Fall» à Thoun et «Parachute» à Bienne, ainsi qu'aux deux antennes de la «Nägeligasse» et de la «Murtenstrasse» à Berne.

Le projet d'ordonnance du Conseil fédéral ayant enfin vu le jour, les travaux concernant le projet sur la prescription contrôlée de stupéfiants, auquel participent les villes de Berne, de Bienne et de Thoun, a pu reprendre. Il a été présenté à l'Office fédéral de la santé publique en octobre.

2.1.5 *Promotion de la santé*

Divers projets de promotion de la santé, comme les journées de la santé à Langnau et à Meiringen, des projets de prévention en matière de toxicomanies, comme l'expérience pédagogique de Spiegel, et le projet concernant des jardinières d'enfants de Bienne ont reçu une contribution du Fonds de lutte contre les maladies. Le projet de prévention en matière de toxicomanies et de promotion de la santé à l'école normale de Thoun (motion Scherrer: Campagne de lutte contre la drogue à l'école) a démarré. Les futurs enseignants seront informés dans le cadre de l'école sur les principes de base concernant la prévention en matière de drogue et la promotion de la santé. Les premières discussions ont eu lieu en vue de la mise en place d'un organe responsable commun destiné à renforcer l'action des organisations chargées de la prévention des toxicomanies et de la promotion de la santé. A l'instar de ce qui s'est fait dans dix autres cantons germanophones, les pharmacies et drogueries ont distribué à la population, à titre d'expérimentation, des agendas «Gesundheitsplaner 1993».

2.1.6 *Service juridique*

Quoique dépendant de la Direction de l'hygiène publique, le Service juridique traite également les affaires juridiques de la Direction des œuvres sociales; c'est donc un service commun aux deux Directions.

Les travaux évoqués dans le précédent rapport de gestion concernant une révision partielle de la loi sur les œuvres sociales ont commencé au cours de l'exercice 1992. La première partie de la révision partielle est destinée à donner une base juridique au Fonds de lutte contre les toxicomanies, fonds à affectation déterminée et entière-

gewährleistet ist. Mit einer zweiten Teilrevision soll der Finanzierungsschlüssel für die Lastenverteilung Fürsorge neu auf 55 Prozent (heute 60 %) für den Staat und auf 45 Prozent (heute 40 %) für die Gemeinden festgesetzt werden. Dabei geht es um die Realisierung einer Massnahme des Massnahmenplans Haushaltgleichgewicht 1993 bis 1996.

Zur Umsetzung einer weiteren Massnahme des Massnahmenplans Haushaltgleichgewicht wurde die Verordnung vom 29. Juni 1962 über die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für besondere Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen teilrevidiert. Dabei wurde im wesentlichen die Lastenverteilungsberechtigung der Aufwendungen für die Speisung, Kleidung, Ferienversorgung und Stellenvermittlung von Jugendlichen aufgehoben und für die Lehrlingsheime eingeschränkt. Der Bereich der Freizeiteinrichtungen und Aufenthaltsheime für Jugendliche wird im Verlaufe des Jahres 1993 neu geregelt werden.

Nachdem der Grosse Rat mit Beschluss vom Januar des Berichtsjahres auf das Asylbewerbergesetz nicht eingetreten ist, hat die Direktion entschieden, die sich im Asylbereich stellenden Fragen soweit möglich gestützt auf geltende Erlasse zu regeln. Auf eine generelle finanzielle Unterstützung der Gemeinden bei den Verwaltungskosten wird verzichtet. Davon ausgenommen sind die Gemeinden, die im Auftrag des Kantons Erstaufnahme- oder Durchgangszentren führen. Die mit der Zentrenführung verbundenen Verwaltungskosten sollen unmittelbar gestützt auf die eidgenössische Asylgesetzgebung vom Kanton übernommen werden.

In Zusammenarbeit mit der Justizdirektion wurde eine Einführungsverordnung zum eidgenössischen Opferhilfegesetz erarbeitet. Diese wird auf den 1. Januar 1993 in Kraft treten.

Neben diesen Gesetzgebungsarbeiten waren zahlreiche Tagesgeschäfte zu erledigen. Zu erwähnen sind hier insbesondere die Beschwerden (Instruktion des Verfahrens und Vorbereitung der Beschwerdeentscheide) gegen Verfügungen von Abteilungen der Direktion, deren Zahl gegenüber dem Vorjahr wiederum stark zugenommen hat.

## 2.2 Fürsorgeabteilung

### 2.2.1 Allgemeines

Durch die Zunahme der Unterstützungsfälle, krankheitsbedingte Abwesenheiten und Abbau einer Stelle, war die Arbeitsbelastung sehr gross; es entstanden Verzögerungen und Rückstände.

### 2.2.2 Fürsorge des Staates für Kantonsbürger

Die Änderung vom 14. Dezember 1990 des Bundesgesetzes vom 24. Juni 1977 über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG) hat seit 1. Juli 1992 Gültigkeit. Die volle Kostenersatzpflicht des Heimatkantons ist zeitlich neu auf die ersten zwei Wohnsitzjahre begrenzt. Die Gesetzesrevision gilt auch für die laufenden Fälle. Die Neuerungen sind besonders für den Kostenersatzpflichtigen Heimatkanton von Bedeutung. Es obliegt demzufolge ihm, die laufenden Fälle bezüglich Unterstützungswohnsitz und Wohndauer zu überprüfen und allenfalls zu revidieren, d. h. eine Richtigstellung zu verlangen. Trotz des Wegfalls der hälftigen Kostenersatzpflicht des Heimatkantons hat die Zahl der Unterstützungsfälle im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Dies zeigt, wie deutlich sich der wirtschaftliche Einbruch im Bereich der öffentlichen Fürsorge auswirkt. Teils müssen die Arbeitslosentaggelder von der öffentlichen Fürsorge bevorschusst werden; teils sind Arbeitslose in Ergänzung zu den Arbeitslosentag-

ment alimenté par la Confédération. Cette démarche permettra de préserver l'existence du Fonds après le 1<sup>er</sup> janvier 1994. La seconde partie de la révision doit fixer une nouvelle clé de répartition des charges sociales entre le canton et les communes, avec 55 pour cent pour le canton (aujourd'hui 60%) et 45 pour cent pour les communes (aujourd'hui 40%). Il s'agit en l'occurrence de concrétiser l'une des mesures du Plan Equilibre des finances 1993 à 1996.

L'ordonnance du 29 juin 1962 concernant les prestations de l'Etat et des communes à des institutions particulières de prévoyance et d'aide sociale a subi une révision partielle destinée à permettre l'application d'une autre mesure visant au rééquilibrage budgétaire. Pour l'essentiel, il a été décidé de ne plus admettre à la répartition des charges les dépenses concernant l'alimentation, l'habillement, les vacances et les services de placement pour adolescents, ainsi que de limiter l'accès à la répartition des charges pour les dépenses concernant les foyers pour apprentis. Le domaine des centres de loisirs et foyers pour adolescents doit être réorganisé dans le cours de l'année 1993.

Suite à la décision du Grand Conseil, en janvier de cette année, de ne pas entrer en matière sur la loi sur les requérants d'asile, la Direction a décidé, dans la mesure du possible, de régler les questions qui se posent dans ce domaine à l'aide des actes législatifs existants. On a renoncé à accorder aux communes un soutien financier pour couvrir les frais administratifs. Exception est faite pour les communes chargées par le canton d'exploiter des centres de premier accueil ou des centres de transit. Les frais administratifs doivent être pris en charge directement par le canton, conformément à la législation fédérale en matière d'asile.

Une ordonnance portant exécution de la loi fédérale sur l'aide aux victimes d'infractions a été élaborée en collaboration avec la Direction de la justice. La loi entrera en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 1993.

Nombre d'affaires courantes étaient à traiter en plus de ces travaux concernant la législation. Citons particulièrement les recours contre des décisions rendues par les services de la Direction (instruction de la procédure, préparation des décisions sur recours), recours dont le nombre a de nouveau fortement augmenté par rapport à l'année précédente.

## 2.2 Service de prévoyance sociale

### 2.2.1 Généralités

L'augmentation des cas d'assistance, les absences dues à la maladie et la réduction des places de travail ont contribué à alourdir notablement la charge de travail des collaborateurs du Service, entraînant des retards dans le traitement des affaires.

### 2.2.2 Assistance de l'Etat aux ressortissants du canton

La modification du 14 décembre 1990 de la loi fédérale du 24 juin 1977 sur la compétence en matière d'assistance des personnes dans le besoin (LAS) est entrée en vigueur le 1<sup>er</sup> juillet 1992. A partir de cette date, le canton d'origine n'est plus tenu au remboursement intégral des frais que pendant les deux premières années. La révision de la loi s'applique également aux cas en cours. Les implications de cette modification vont surtout se faire sentir au niveau du canton d'origine. Il lui incombe, pour tous les cas en cours, de déterminer le domicile d'assistance et la durée du séjour, et de procéder à une mise au point dans le sens de la nouvelle législation. Malgré la suppression du devoir du canton d'origine de supporter la moitié des frais, le nombre des cas d'assistance a encore augmenté par rapport à l'année dernière. On voit bien là les conséquences de la crise économique dans le domaine des œuvres sociales. Les œuvres sociales sont tenues en partie d'avancer l'argent des allocations journalières de chômage,



geldern oder ausgesteuerte Arbeitslose vollumfänglich auf Unterstützung angewiesen. Weitere Faktoren der Kostensteigerung im Fürsorgebereich sind die stetig steigenden Mietzinse und Prämien der Krankenversicherung sowie die aufwendigen, aber wichtigen Therapiemassnahmen. Dies führte dazu, dass ein Nachkredit von 3 Mio. Franken angefordert werden musste.

### 2.2.2.1 Heimkehrer

In diesem Jahr sind lediglich fünf, mehrheitlich jüngere Einzelpersonen aus dem Ausland in den Heimatkanton Bern zurückgekehrt bzw. heimgeschafft worden.

### 2.2.2.2 Bernerinnen und Berner im Ausland

Die Unterstützungsfälle nach den beiden Abkommen zwischen der Schweiz und Deutschland bzw. Frankreich wickeln sich weitgehend ohne nennenswerte Probleme ab. Bezüglich der schweizerisch-deutschen Fürsorgevereinbarung regt das Deutsche Bundesministerium für Familien und Senioren die Veranstaltung eines weiteren Meinungsaustausches im nächsten Jahr an.

Tabelle 1 – Unterstützungsausgaben des Staates

Wohnort der Unterstützten	Fälle Cas	Personen Personnes	Total Fr.	Anteil des Wohnkantons Quote-part	Ausgaben Dépenses Fr.	Einnahmen Recettes Fr.	Domicile des assistés
				<i>(Bei Bernern in andern Kantonen nur heimatliche Anteile) (Pour Bernois dans d'autres cantons, seulement quotes-parts d'origine)</i>			
a) Berner in andern Kantonen							a) Bernois dans d'autres cantons
Aargau	107	172			582 907	186 650	Argovie
Appenzell IR	4	9			37 977	28 706	Appenzell Rh.-Int.
Appenzell AR	19	34			95 114	13 356	Appenzell Rh.-Ext.
Basel-Land	163	287			1 140 759	379 413	Bâle-Campagne
Basel-Stadt	298	396			2 340 593	1 005 935	Bâle-Ville
Freiburg	43	62			188 631	62 351	Fribourg
Genf	176	236			1 116 017	519 140	Genève
Glarus	6	9			48 513	1 930	Glaris
Graubünden	21	30			192 380	30 679	Grisons
Jura	26	39			179 252	76 135	Jura
Luzern	101	162			544 208	203 551	Lucerne
Neuenburg	131	177			589 652	288 699	Neuchâtel
Nidwalden	3	6			26 210	–	Nidwald
Obwalden	6	10			12 969	1 763	Obwald
St. Gallen	116	170			824 772	149 533	Saint-Gall
Schaffhausen	35	56			216 284	69 625	Schaffhouse
Solothurn	194	304			1 181 834	400 766	Soleure
Schwyz	22	28			210 077	47 292	Schwytz
Thurgau	73	143			551 182	184 545	Thurgovie
Tessin	15	27			67 420	8 512	Tessin
Uri	2	2			28 693	4 681	Uri
Waadt	156	214			803 346	313 622	Vaud
Wallis	37	70			195 118	14 298	Valais
Zug	16	19			129 594	51 889	Zoug
Zürich	552	705			3 145 111	951 053	Zurich
<b>Total</b>	<b>2 322</b>	<b>3 367</b>			<b>14 448 613</b>	<b>4 994 124</b>	<b>Total</b>
b) Berner im Ausland							b) Bernois à l'étranger
Deutschland	58	80			802 098	18 700	Allemagne
Frankreich	26	27			211 022	9 526	France
<b>Total</b>	<b>84</b>	<b>107</b>			<b>1 013 120</b>	<b>28 226</b>	<b>Total</b>
c) «Heimkehrer»	33	33			852 626	732 890	c) Bernois revenus dans leur canton
d) Zusammenzug							d) Récapitulation
Berner in andern Kantonen	2 322	3 367			14 448 613	4 994 124	Bernois dans d'autres cantons
Berner im Ausland	84	107			1 013 120	28 226	Bernois à l'étranger
«Heimkehrer»	33	33			852 626	732 890	Bernois revenus dans leur canton
<b>Total</b>	<b>2 439</b>	<b>3 507</b>			<b>16 314 359</b>	<b>5 755 240</b>	<b>Total</b>

et en partie de compléter ces allocations ou de prendre totalement en charge les chômeurs en fin de droits. L'augmentation continue des loyers et des primes d'assurance-maladie, ainsi que les coûts importants des moyens thérapeutiques, sont autant de facteurs qui contribuent à alourdir les charges dans le domaine des œuvres sociales, rendant nécessaire la demande d'un crédit supplémentaire de 3 millions de francs.

### 2.2.2.1 Bernois et Bernoises revenus dans leur canton

Au cours de l'exercice, seulement cinq personnes, pour la plupart de jeunes célibataires, sont revenus de l'étranger pour s'installer dans leur canton d'origine.

### 2.2.2.2 Bernois et Bernoises à l'étranger

Les cas d'assistance dans le cadre des conventions d'assistance des personnes dans le besoin entre la Suisse et l'Allemagne et entre la Suisse et la France n'ont pas posé de problème particulier. S'agissant de la convention d'assistance des personnes dans le besoin entre la Suisse et l'Allemagne, l'Allemagne propose pour l'an prochain la poursuite des échanges de vues concernant l'assistance des familles et des personnes âgées.

Tableau 1 – Dépenses d'assistance de l'Etat

Wohnort der Unterstützten	Fälle Cas	Personen Personnes	Total Fr.	Anteil des Wohnkantons Quote-part	Ausgaben Dépenses Fr.	Einnahmen Recettes Fr.	Domicile des assistés
					(Bei Bernern in andern Kantonen nur heimatliche Anteile) (Pour Bernois dans d'autres cantons, seulement quotes- parts d'origine)		
e) Aufgliederung der Einnahmen							e) Répartition des recettes
Unterhalts- und Verwandtenbeiträge				747 400			Aliments et contributions familiales
Rückerstattungen der Unterstützten und ihrer Erben				947 563			Restitutions par des assistés et leurs héritiers
Alters-, Hinterlassenen- und Invaliden- renten, Ergänzungsleistungen				1 879 459			Rentes de vieillesse, de survivants et d'invalides, prestations complémentaires
Andere Einnahmen (Schulungskosten- beiträge, Stipendien, Vergütungen pflichtiger Gemeinden)				2 180 818			Autres recettes (contributions aux frais de formation scolaire, bourses, remboursements de communes tenues à l'assistance)
Total Einnahmen						5 755 240	Total des recettes
f) Kantonsfremde	33	33			178 672	352	f) Etrangers au canton
Total	2 472	3 540			16 493 031	5 755 592	Total
Reinausgaben					10 737 439		Dépenses nettes
g) Vergleiche				g) Comparaison			
	Fälle Cas		Rohausgaben Dépenses brutes Fr.		Einnahmen Recettes Fr.		Reinausgaben Dépenses nettes Fr.
1992	2 472		16 493 031		5 755 592		10 737 439
1991	2 310		15 974 773		5 648 046		10 326 727
1990	2 101		12 533 634		4 697 048		7 836 586
1989	1 903		11 349 531		4 617 911		6 731 620
1988	2 453		11 223 891		4 635 200		6 588 691
1987	2 221		11 112 659		4 415 738		6 696 921
1986	2 386		10 994 986		4 023 679		6 971 307
1985	2 429		11 175 817		3 983 893		7 191 924
1984	2 434		10 483 242		3 740 549		6 742 693
1983	2 320		8 809 434		3 468 685		5 340 749
1982	2 187		7 634 731		3 419 152		4 215 579
1981	2 209		6 670 602		3 840 645		2 829 957
1980	2 924		7 569 049		4 213 551		3 355 498
1979	5 259		12 029 686		6 840 946		5 188 740
1978	5 899		17 713 910		9 924 299		7 789 611
1977	5 614		17 996 002		10 133 633		7 862 369
1976	5 455		17 435 410		10 174 709		7 260 701
1975	5 143		15 328 923		10 001 354		5 327 569
1974	5 286		13 516 179		9 538 883		3 977 296
1973	5 534		13 750 061		9 190 265		4 559 796
1972	5 916		11 666 717		7 355 166		4 311 551
1971	6 021		11 381 763		7 338 685		4 043 078
1970	6 234		11 096 669		6 753 076		4 343 593
1965	8 428		11 616 854		4 640 053		6 976 801
1960	10 003		10 795 341		3 120 969		7 674 372
1955	10 688		9 497 538		1 825 750		7 671 788
1950	11 791		8 655 288		1 344 293		7 310 995

## 2.2.3 Fürsorge des Staates für Kantonsfremde

Die Aufwendungen des Staates für Kantonsfremde, für die der Staat fürsorgepflichtig ist, sind gegenüber dem Vorjahr massiv angestiegen, und zwar auf 178 320 Franken für 33 Personen. Bekanntlich handelt es sich bei diesen Personen mehrheitlich um straffällige Ausländer. Der massive Anstieg der Kosten ist u. a. auch auf die fortschreitende Auflösung des Konkordates vom 23. Juni 1944 über die Kosten des Strafvollzuges (Austritt Kanton Bern 1.1.1992) zurückzuführen. Seit diesem Zeitpunkt können Massnahmenvollzugskosten keinem Wohn- und Heimatkanton mehr weiterverrechnet werden.

## 2.2.4 Asylbewerberinnen und Asylbewerber

In den letzten Jahren hatte das kantonale Asylwesen auf die zunehmenden Zuweisungen von Asylsuchenden in den Kanton Bern stets mit der Schaffung von zusätzlichen Unterbringungskapazitäten und

## 2.2.3 Assistance de l'Etat aux ressortissants non bernois

Par rapport à l'année précédente, les dépenses pour des ressortissants non bernois à la charge de l'Etat ont beaucoup augmenté et sont passées à 178 320 francs pour 33 personnes. Il s'agissait presque exclusivement d'étrangers ayant enfreint la loi. L'augmentation massive des coûts est à mettre au compte notamment de la dissolution progressive du concordat du 23 juin 1944 sur les coûts de l'exécution des peines (sortie du canton de Berne le 1.1.1992). A partir de cette date, les coûts imputables aux mesures d'exécution des peines ne peuvent plus être portés au compte du canton d'origine ou de domicile.

## 2.2.4 Requérants et requérantes d'asile

Face à l'augmentation des arrivées de requérants d'asile dans le canton de Berne au cours des dernières années, le Service cantonal de coordination en matière de requérants d'asile s'est vu constam-

der Einstellung von weiterem Betreuungspersonal reagieren müssen. Bereits im Frühling des Berichtsjahres zeichnete sich eine stark rückläufige Entwicklung der Anzahl zugewiesener Geschwister ab. Die auf jährlich 5000 Neueingänge ausgelegten kantonalen Unterbringungs- und Betreuungsstrukturen mussten in der Folge den veränderten Bedingungen angepasst werden. Nach dem Bezug der neuen Räumlichkeiten im Kornhaus 1991 wurde im Juni des Berichtsjahres mit der Einführung der EDV für die Triagestelle eine weitere Verbesserung der Arbeitssituation realisiert. Dazu konnten weitgehend Occasionsgeräte anderer Direktionen sowie eine Zentraleinheit vom Direktionssekretariat übernommen werden. Auf dem EDV-System wurde die für bernische Bedürfnisse angepasste Applikation «Asyl-Verwaltung» des Kantons Aargau installiert. Die Umstellung auf eine eigene Datenverwaltung bedingte das teilweise Nacherfassen von rund 13 000 Asylbewerber-Dossiers. Im Vergleich zum Vorjahr wurden dem Kanton im Berichtsjahr über 50 Prozent weniger Asylsuchende neu zugewiesen. 2200 Personen mussten aufgenommen werden. Ein Drittel aller zugewiesenen Asylsuchenden stammte aus dem ehemaligen Jugoslawien. Aufgrund des Rückgangs der Asylgesuche verlangte der Bund mit Weisung des EJPD vom 21. Juni den Abbau von Infrastrukturen. Der Kanton wurde angewiesen, das bewilligte Betreuerkontingent innert drei Monaten von 238,6 auf 180,2 Stellen abzubauen. Im Sinne der wirtschaftlichen und sparsamen Verwendung der finanziellen Mittel wurde die Unterbringung der Asylsuchenden optimiert. Bis Ende Juni wurde die Plazierung von Asylsuchenden in Hotels vollständig aufgehoben. Bis Ende Jahr konnten zudem alle Erstaufnahme- und Durchgangszentrenplätze in Zivilschutzanlagen stillgelegt werden. Die 3062 Zentrenplätze (inkl. 640 Plätze in Hotels) zu Beginn des Berichtsjahres wurden bis Ende Jahr auf 2169 Zentrenplätze reduziert.

Im Berichtsjahr wurden 2010 Asylsuchende den Gemeinden zugewiesen. Ende Juli wurde die Unterkunftssituation in den Gemeinden erhoben. Die gewonnenen Daten dienen der mittel- und langfristigen Planung der Unterkünfte in der dritten Stufe.

Die Gemeinden wurden mit Schreiben im März, Juli und November über die Entwicklungen im Asylwesen und die neuen Weisungen des Bundes informiert. An drei Veranstaltungen für Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden (davon eine Veranstaltung für den französischsprachigen Kantonsteil) wurden Probleme bei der Unterbringung und Betreuung der Asylsuchenden in den Gemeinden im direkten Kontakt bearbeitet. Das Angebot für fachlichen Rat durch die Gemeindeberatung wurde wiederum intensiv genutzt.

## 2.3 Fürsorgeinspektorat

### 2.3.1 Allgemeines

Keine besonderen Bemerkungen.

### 2.3.2 Aufsichts- und Beratungstätigkeit

Als Dienstleistung gegenüber den Fürsorgebehörden der Gemeinden wurden auch im Berichtsjahr wiederum Grundkurse durchgeführt. In 19 dezentralisierten Veranstaltungen mit über 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde auch das Interesse für Folgekurse signalisiert. Die Realisierung musste angesichts der knapper gewordenen personellen Ressourcen noch zurückgestellt werden.

In der zweiten Jahreshälfte wurde das erarbeitete Aufsichtskonzept in öffentlichen Alterseinrichtungen erprobt. Es soll künftig als weitgehend standardisiertes Arbeitsinstrument dienen.

ment obligé d'augmenter les capacités d'hébergement et de créer de nouveaux postes d'encadrement. Déjà au printemps de l'année sous rapport, on a pu noter un recul sensible du nombre des candidats à l'asile affectés au canton de Berne. Il a donc fallu adapter à la nouvelle situation les structures cantonales d'hébergement et d'encadrement, dont les capacités d'accueil étaient jusqu'alors de 5000 nouvelles places chaque année. Suite au réaménagement des locaux de la Grenette en 1991 et à l'installation, au mois de juin de l'année sous rapport, de l'informatique pour le centre de triage, les conditions de travail se sont encore améliorées. En outre le service a pu se doter de matériel d'occasion provenant d'autres Directions, ainsi que d'une unité centrale provenant du secrétariat de Direction. Après avoir été adapté aux besoins bernois, le programme informatique «Asyl-Verwaltung» utilisé par le canton d'Argovie, a été installé. La mise en place d'une gestion autonome des données a nécessité la saisie partielle d'environ 13 000 dossiers de requérants et requérantes d'asile. Par rapport à l'année dernière, le nombre de candidats à l'asile affectés au canton de Berne a diminué de plus de moitié et s'est monté à 2200 personnes. Un tiers de tous les requérants provient de l'ex-Yugoslavie. En raison du recul des demandes d'asile, la Confédération, suite à la directive du DFJP du 21 juin, a demandé une réduction des infrastructures. En l'espace de trois mois, le canton a dû réduire son contingent de postes d'encadrement pour le faire passer de 238,6 à 180,2. Pour une meilleure gestion et une utilisation plus économique des moyens financiers, l'hébergement des requérants d'asile a été optimisé. A la fin juin, il n'y avait plus de requérants d'asile dans les hôtels. En outre, à la fin de l'année, tous les centres de premier accueil et de transit situés dans les installations de protection civile ont pu être fermés. De 3062 places dans les centres (y compris les 640 places en hôtels) qui existaient au début de l'année, 2169 existaient encore à la fin de l'exercice.

Au cours de l'année sous rapport, 2010 requérants d'asile ont été affectés aux communes. Une étude sur la situation de l'hébergement a été menée fin juillet. Les données recueillies ont servi à la planification à moyen et long terme de l'hébergement de la troisième phase. A trois reprises, en mars, juillet et novembre, les communes ont été tenues informées de l'évolution de la situation dans le domaine de l'asile et des nouvelles directives de la Confédération. Trois réunions de travail (dont une pour la partie francophone du canton) ont permis aux représentants et aux représentantes des communes d'aborder concrètement les problèmes de l'hébergement et de l'encadrement des requérants d'asile dans les communes. Les communes ont eu une nouvelle fois largement recours à l'offre d'information de la part du canton.

## 2.3 Inspection des œuvres sociales

### 2.3.1 Généralités

Pas de remarques.

### 2.3.2 Activité d'inspection et d'information

Des cours de base ont à nouveau été organisés cette année à l'intention des autorités communales des œuvres sociales. Lors de 19 cours décentralisés, plus de 250 participants et participantes ont aussi fait part de leur intérêt pour des cours réguliers. En raison de la faiblesse des ressources en personnel, cette demande n'a pas encore pu être satisfaite.

Au cours du second semestre, le nouveau mode de surveillance des foyers publics pour personnes âgées a été testé. Il doit servir à l'avenir à uniformiser la pratique.

Nach der Veröffentlichung der kantonalen Armutsstudie wurde das Thema im Rahmen der Kreisfürsorgeinspektor(inn)en-Konferenzen aufgenommen und die Bedeutung für die einzelnen Regionen diskutiert. Ferner wurden zahlreiche kürzere und längerdauernde Beratungen für Fürsorgebehörden und Sozialdienste (z. T. Projekte zur Schaffung von professionellen Sozialdiensten) durchgeführt. Einen weiteren Schwerpunkt bildete im Rahmen der Aufsichtstätigkeit von privaten, gewerbmässig betriebenen Alterseinrichtungen die fachliche Beurteilung zur Erteilung bzw. Erneuerung von Betriebsbewilligungen. Von Fall zu Fall und in Absprache mit andern Fachabteilungen wurden Beratungen im Spitex-Bereich durchgeführt. Da künftig Informations- und Dokumentationsanliegen von Behörden und Institutionen gezielter Rechnung getragen werden soll – ein Postulat, das u. a. im Zusammenhang mit der Alterspolitik erhoben wird –, wurden Vorarbeiten für eine Informationsstelle für das Berner Fürsorgewesen geleistet.

In der September-Session des Grossen Rates wurde das Subventionsgeschäft «Frauenhaus Biel / Solidarité femmes» des Vereins zum Schutz misshandelter Frauen und ihrer Kinder genehmigt, allerdings mit einer Kürzung des Stellenetats von 580 Prozent auf 400 Stellenprozente.

Aufgrund der geringeren Subventionen des Bundesamtes für Sozialversicherung infolge Änderung seiner Bestimmungen bewilligte der Grosse Rat dem Wohn- und Pflegeheim Riggisberg einen Nachkredit in der Höhe von 1,3 Mio. Franken und die Anerkennung der Betriebsbeitragsberechtigung.

In Zusammenarbeit mit der Erziehungsdirektion des Kantons Bern wurde durch einen Regierungsratsbeschluss dem Projekt «Erstausbildung für junge Erwachsene» des Vereins Bildungswerkstätten Bern Unterstützung auch für die Realisierung niederschwelliger Angebote im sozialen Bereich zunächst für eine Pilotphase zugesichert.

### 2.3.3 Staatliche und private Schulheime

#### 2.3.3.1 Allgemeines

Im Berichtsjahr wurden für 1658 Kinder (Vorjahr 1644) Schulungskostenbeiträge und für 1281 Kinder (Vorjahr 1285) Staatsbeiträge für behinderte Kinder ausgerichtet. Mit anderen Worten blieb die Zahl der Kinder in Heimen und Sonderschulen gegenüber dem Vorjahr konstant.

#### 2.3.3.2 Staatliche Schulheime

Auf den 1. Januar übernahm Alfred Pauli offiziell die Leitung der Sprachheilschule in Münchenbuchsee. Die Amtsübernahme erfolgte reibungslos und zur Zufriedenheit aller Beteiligten.

Das Schulheim Landorf Köniz, dem ein Landwirtschaftsbetrieb angegliedert ist, soll umfassend saniert werden. Es ist vorgesehen, die alten Gebäude den heutigen Bedürfnissen anzupassen. Nach der Sanierung sollen wiederum ca. 42 Plätze zur Verfügung stehen. Die Arbeiten am Bauprojekt konnten mittlerweile abgeschlossen werden. Die Behandlung der Vorlage im Grossen Rat ist 1993 vorgesehen.

Die Arbeiten für die Schliessung des Schulheimes in Oberbipp gehen planmässig vor sich. Eine Arbeitsgruppe befasste sich intensiv mit den personellen Fragen, gilt es doch, wo immer möglich den Berufswünschen des verbleibenden Personals Rechnung zu tragen.

Leider ergab sich infolge einer Führungskrise im Schulheim Schloss Erlach ein erneuter Wechsel des Vorsteherehepaares. Als Nachfolger des Ehepaares Rätz hat der Regierungsrat im Dezember Peter und Erika Gribi aus Bern gewählt. Aufgrund der Vorkommnisse soll ausserdem zusammen mit der neuen Heimleitung eine Betriebsanalyse durchgeführt werden.

Suite à la publication de l'étude cantonale sur la pauvreté, le thème de la pauvreté a été repris lors des conférences des inspecteurs et inspectrices d'arrondissement des œuvres sociales. On a notamment évoqué le cas de chaque région. En outre, des séances d'information plus ou moins longues ont été proposées aux autorités chargées des œuvres sociales et aux services sociaux (concernant p. ex. des projets de création de services sociaux professionnels). Parmi les tâches importantes des autorités de surveillance, il a fallu examiner la situation des foyers pour personnes âgées exploités à titre professionnel, afin de statuer sur le renouvellement ou l'attribution de l'autorisation d'exploiter. Selon les cas et en accord avec d'autres services spécialisés, des conseils dans le domaine du MAD ont été proposés. Afin d'assurer à l'avenir la juste prise en compte des demandes d'information et de documentation émanant des autorités responsables et des institutions – vœu exprimé entre autres dans le domaine de la politique du 3<sup>e</sup> âge – des travaux préparatoires ont été entrepris en vue de la création d'un office d'information dans le domaine des œuvres sociales du canton de Berne.

Lors de la session de septembre, le Grand Conseil a approuvé l'octroi d'une subvention pour le projet «Maison des femmes Bienne / Solidarité femmes» de l'Association pour la protection des femmes maltraitées et de leurs enfants, en demandant toutefois la réduction des points de poste, qui doivent passer de 580 pour cent à 400 pour cent.

En raison de la réduction des subventions de la part de l'Office fédéral des assurances sociales qui fait suite à de nouvelles dispositions, le Grand Conseil a accordé au foyer médicalisé de Riggisberg un crédit supplémentaire de 1,3 million de francs et reconnu son droit à des subventions d'exploitation.

Afin de répondre à la demande dans le domaine social, le Conseil exécutif a décidé de soutenir, comme expérience-pilote tout d'abord, le projet «Erstausbildung für junge Erwachsene» monté par l'association «Verein Bildungswerkstätten Bern», en collaboration avec la Direction de l'instruction publique du canton de Berne.

### 2.3.3 Foyers scolaires cantonaux et privés

#### 2.3.3.1 Généralités

Au cours de l'exercice, la contribution aux frais d'instruction a été accordée à 1658 enfants (contre 1644 l'année précédente) tandis que la contribution de l'Etat aux enfants handicapés a été versée dans 1281 cas (pour 1285 l'année précédente). Autant dire que le nombre d'enfants pris en charge dans les foyers et écoles spéciales est resté constant par rapport à l'année dernière.

#### 2.3.3.2 Foyers scolaires de l'Etat

M. Pauli est entré officiellement en fonction le 1<sup>er</sup> janvier à la tête de l'école de logopédie de Münchenbuchsee. Le changement de direction s'est fait en douceur et à la satisfaction de tous.

Le foyer scolaire de Landorf à Köniz, auquel est rattachée une exploitation agricole, doit être complètement transformé. Il est prévu d'adapter les anciens bâtiments aux besoins actuels. A l'issue des transformations, le foyer disposera d'environ 42 places. Les travaux d'élaboration du projet de construction ont trouvé leur conclusion. Il est prévu que le projet passe devant le Grand Conseil en 1993.

Les travaux en vue de la fermeture du foyer d'Oberbipp se déroulent comme prévu. Un groupe de travail se consacre au règlement des problèmes de personnel, tant il est vrai qu'il faut, dans la mesure du possible, tenir compte des souhaits exprimés par le personnel dans le domaine professionnel.

Suite à un conflit à la direction, on doit déplorer un nouveau changement à la tête du foyer scolaire du Château de Cerlier. Le Conseil exécutif a nommé en décembre Peter et Erika Gribi pour remplacer M. et M<sup>me</sup> Rätz. En raison des événements, une étude d'exploitation doit être menée en collaboration avec la nouvelle direction.

## 2.3.3.3 Private Heime

In der Dezember-Session des Grossen Rates wurde das Subventionsgeschäft «Therapeutische Wohngruppe in Biel» genehmigt, allerdings mit dem Vorbehalt, dass die Strukturen, insbesondere aber der Personaletat zu überprüfen seien. Die Arbeiten wurden umgehend mit den zuständigen Organen an die Hand genommen. Als erste Massnahme wurde die Platzzahl um ein Bett erhöht. Immerhin wird dadurch der Tagessatz erheblich reduziert, resp. es können erhebliche Mehreinnahmen realisiert werden. Der Personalbestand erlaubt eine weitere Erhöhung um einen Platz, so dass bei gleichbleibendem Personaletat die Aufenthaltstage um ca. 25 Prozent insgesamt erhöht werden können. Allerdings wird dieses Ziel erst erreicht werden können, wenn die Wohngruppe in neuen Räumlichkeiten über genügend Platz verfügt. Es sollte möglich sein, eine Liegenschaft mit günstigerem Mietzins als dem bisherigen benützen zu können, so dass auch auf der Ausgabenseite die Rechnung verbessert werden kann.

2.4. **Abteilung Planung, Bau und Betrieb**2.4.1 *Alterspolitik 2005*

Im Berichtsjahr wurden die Arbeiten an der integrierten, auf Selbständigkeit, Wahlfreiheit und Solidarität ausgerichteten Alterspolitik 2005 (in den Richtlinien zur Regierungspolitik 1990–1994 als Altersbericht bzw. Spitex-Leitbild enthalten) abgeschlossen. «Leitbild und Grundsätze zur Alterspolitik 2005» wurden redaktionell überarbeitet und fertiggestellt. Sie sollen innerhalb des Zeitraumes 2005 als Orientierungsrahmen für alterspolitische Massnahmen im Kanton Bern dienen. Auf eine zusätzliche Vernehmlassung wurde angesichts des breiten Mitwirkungsverfahrens (Anhörungs-gremium) verzichtet. Das Beschlussespaket «Alterspolitik 2005» wird dem Grossen Rat 1993 zur Beratung vorgelegt.

2.4.2 *Broschüre «Hilfe und Pflege zu Hause» für Anbieter*

Fachleute der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern und des kantonalbernerischen Vereins für das Alter/Pro Senectute haben gemeinsam einen Leitfaden erarbeitet, der Behörden und Organisationen über den Aufbau und die Entwicklung ambulanter Dienstleistungen informiert. Die Broschüre vermittelt Ratschläge und Anregungen, stellt einen Überblick bewährter Angebote dar und enthält eine Checkliste der Spitex-Dienstleistungen. Damit leistet sie einen Beitrag zur (in den Richtlinien zur Regierungspolitik 1990–1994 vorgesehenen) Stärkung der ambulanten Dienste. Die Broschüre erscheint im Januar 1993.

2.4.3 *Baubeiträge an Fürsorgeinstitutionen*

Im Berichtsjahr wurden für 40 (Vorjahr 44) Projekte mit Gesamtkosten von 20,1 (31,8) Mio. Franken insgesamt 15,9 (25,4) Mio. Franken an Beiträgen sowie lastenverteilungsberechtigten Kosten bewilligt. 22 (27) Projekte, wovon 13 (17) Kredite zugunsten von Altersheimen, werden im System der Lastenverteilung von den Gemeinden finanziert. Die hierfür ermittelten lastenverteilungsberechtigten Kosten belaufen sich auf 6,3 (12,2) Mio. Franken. Die übrigen 18 (17) Projekte mit Gesamtkosten von 13,2 (18,1) Mio. Franken werden aus Krediten der Direktion mit 9,5 (13,2) Mio. Franken direkt subventioniert.

## 2.3.3.3 Foyers privés

Lors de la session de décembre, le Grand Conseil a accordé une subvention au projet «Communauté thérapeutique Bienne», sous réserve de l'examen des structures et plus particulièrement des effectifs. Les travaux ont démarré sans délai avec les organes compétents. La première mesure a consisté à augmenter le nombre de places d'un lit. Le taux journalier se trouvant dès lors fortement réduit, les recettes peuvent être notablement améliorées. L'état des effectifs autorisant la création d'une nouvelle place, les journées de séjour peuvent être augmentées d'environ 25 pour cent en conservant le même effectif. Cependant, cet objectif ne pourra être atteint que si la communauté d'habitation dispose de nouveaux locaux plus spacieux. La location d'un nouvel emplacement moins onéreux permettrait aussi d'alléger les dépenses.

2.4 **Service de planification, de construction et d'exploitation**2.4.1 *Politique du 3<sup>e</sup> âge 2005*

Au cours de l'exercice se sont achevés les travaux en vue de l'établissement d'une politique intégrée du 3<sup>e</sup> âge 2005, qui repose sur l'autonomie, la liberté de choix et la solidarité (principes contenus dans le programme gouvernemental de législature 1990–1994 sous la rubrique rapport sur le 3<sup>e</sup> âge ou principes directeurs MAD). Le texte sur «les grandes orientations de la politique du 3<sup>e</sup> âge 2005» a été parachevé. Il servira de cadre d'orientation pour la politique du 3<sup>e</sup> âge dans le canton de Berne d'ici à l'an 2005. En raison d'une procédure faisant une large place à la consultation, on a renoncé à mener une nouvelle consultation. L'ensemble des mesures prévues dans le cadre de la «Politique du 3<sup>e</sup> âge 2005» sera présenté au Grand Conseil en 1993.

2.4.2 *Distribution de la brochure «Maintien à domicile»*

Des spécialistes appartenant à la fois à la Direction de l'hygiène publique et à celle des œuvres sociales du canton de Berne et à l'Association cantonale bernoise Pro Senectute ont élaboré conjointement un guide d'information à l'intention des autorités et des organisations concernées. Ce guide concerne la mise en place et le fonctionnement des prestations de services ambulatoires. La brochure contient des conseils et des suggestions, passe en revue l'offre existante et dresse la liste des prestations MAD. Elle contribue par là même à renforcer ces prestations (projet contenu dans le programme gouvernemental de législature 1990–1994). La brochure paraîtra en janvier 1994.

2.4.3 *Subventions à la construction d'institutions de prévoyance sociale*

En cours d'exercice, 40 projets (contre 44 en 1990), totalisant 20,1 millions de francs (contre 31,8), ont été approuvés. Les subventions et les frais portés à la répartition des charges ont atteint 15,9 millions de francs (contre 25,4). 22 projets (27), dont 13 (17) pour des foyers pour personnes âgées, seront financés par les communes dans le cadre du système de la répartition des charges. Les frais admis à la répartition des charges portent sur 6,3 millions de francs (12,2). Les 18 (17) autres projets, d'un montant total de 13,2 millions de francs (contre 18,1) seront subventionnés à raison de 9,5 millions de francs (13,2) par la Direction elle-même.

## 2.4.4 Altersheimplanung

Am Ende des Berichtsjahres präsentierte sich der Stand der Altersheimplanung 1981 (inkl. Nachtrag 1988) wie folgt:

Altersheimplanung 1981 inkl. Nachtrag 1988: Stand der (in den Richtlinien zur Regierungspolitik 1990–1994 vorgesehenen) Realisation Ende des Berichtsjahres.

	Anzahl Heime			Anzahl Plätze		
	1.7.81	31.12.91	31.12.92	1.7.81	31.12.91	31.12.92
Bestand	73	118	118	3358	5600	5629
Im Bau	10	1	–	403	45	–
In Projektierung	21	4	4	1001	105	105
Planungsabsicht	9	2	2	462	47	47
Total	113	125	124	5224	5797	5781

Im Berichtsjahr konnte ein Altersheim mit 45 Betten neu in Betrieb genommen werden. Ein benachbartes sanierungsbedürftiges Altersheim mit 16 Plätzen wurde in diesem Zusammenhang aufgehoben. Seit der Genehmigung der Planung im Jahre 1981 sind 2278 Plätze in öffentlichen Altersheimen neu geschaffen worden. Damit sind heute 98 Prozent der in der Planung (inkl. Nachtrag 1988) vorgesehenen Altersheimplätze in Betrieb.

Die vier Heim-Projekte, die sich in Bearbeitung befinden, unterliegen dem Moratorium im stationären Bereich (RRB Nr. 0850 vom 26. Februar 1992; vgl. dazu die entsprechenden Ausführungen im Verwaltungsbericht 1992 der Gesundheitsdirektion).

## 2.4.5 Kantonale Heimplanung

## 2.4.5.1 Anlehr- und geschützte Werkstätten sowie Wohnheime für Behinderte

Im Berichtsjahr haben sich die Hinweise auf eine steigende Nachfrage nach Plätzen für Behinderte gemehrt. Im Hinblick auf einen möglichst bedürfnisgerechten Einsatz der verfügbaren Ressourcen bestand das Bedürfnis, die Datengrundlage zu aktualisieren. Zu diesem Zweck wurde eine Datenerhebung bei den Institutionen für jugendliche und erwachsene Behinderte durchgeführt. Ihre Ergebnisse, die 1993 ausgewertet werden, sollen die planerischen Grundlagen für die anstehenden Entscheide über zurückgestellte Projekte bzw. die weitere Investitionsplanung liefern. Die Richtlinien der Regierungspolitik 1990 bis 1994 sehen die Überarbeitung der Planung für Behinderte vor.

## 2.4.5.2 Erziehungsheime

Das Bundesgesetz über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug vom 5. Oktober 1984 sieht vor, dass Erziehungsheime nur Anspruch auf Bau- und Betriebsbeiträge erheben können, wenn der Bedarf für die Einrichtung aufgrund einer kantonalen Planung nachgewiesen ist. Im Berichtsjahr wurden Vorarbeiten für die Erhebung der planerisch wichtigen Grunddaten der Erziehungsheime für die Jahre 1991 und 1992 durchgeführt. Die Erhebung wird 1993 gemacht.

## 2.4.5.3 Bericht über die Lage der Schulheime für verhaltensbehinderte und sozial benachteiligte Kinder im Kanton Bern

Gemeinsam mit dem Bauprojekt Landorf Köniz wurde den zuständigen Organen der Bericht über die Lage der Schulheime für verhaltensbehinderte und sozial benachteiligte Kinder im Kanton Bern übergeben. Im Kanton Bern werden neun Schulheime mit rund 230

## 2.4.4 Planification des foyers pour personnes âgées

La concrétisation de la planification des foyers pour personnes âgées de 1981 (supplément de 1988 compris) s'est traduite en fin d'exercice comme suit:

Planification des foyers pour personnes âgées de 1981, complément de 1988 compris: état des réalisations fin 1992 (prévu dans le programme gouvernemental de législature 1990–1994)

	Nombre de foyers			Nombre de places		
	1.7.81	31.12.91	31.12.92	1.7.81	31.12.91	31.12.92
En service	73	118	118	3358	5600	5629
En construction	10	1	–	403	45	–
En projet	21	4	4	1001	105	105
Envisagés	9	2	2	462	47	47
Total	113	125	124	5224	5797	5781

Durant l'exercice, un foyer de 45 lits est entré en exploitation. Par conséquent, un foyer voisin de 16 places nécessitant des transformations a été fermé. Depuis l'approbation de la planification de 1981, 2278 nouvelles places ont été créées dans les foyers publics pour personnes âgées. C'est ainsi que 98 pour cent des places en foyers pour personnes âgées prévues par la planification (supplément de 1988 compris) sont aujourd'hui ouvertes.

Les quatre projets de foyers qui sont en cours d'élaboration tombent sous le coup du moratoire dans le domaine hospitalier (ACE N° 0850 du 26 février 1992; voir à ce sujet les explications données dans le rapport de gestion 1992 de la Direction de l'hygiène publique).

## 2.4.5 Planification cantonale des foyers

## 2.4.5.1 Ateliers protégés et de préformation et foyers/ appartements pour handicapés

Au cours de l'exercice, les signes d'une augmentation de la demande en matière de places en foyers pour les handicapés se sont multipliés. Afin de permettre l'utilisation la plus judicieuse possible des ressources disponibles, il est nécessaire d'actualiser les données. Une collecte des données a été réalisée dans ce but auprès des institutions pour les handicapés jeunes et adultes. Les résultats, qui seront examinés en 1993, permettront d'orienter la planification des décisions en suspens concernant les projets ajournés, ainsi que celle des futurs investissements. Le programme gouvernemental de législature 1990 à 1994 prévoit la révision de la planification concernant les handicapés.

## 2.4.5.2 Foyers d'éducation

La loi fédérale du 5 octobre 1984 sur les prestations de la Confédération dans le domaine de l'exécution des peines dispose que les foyers d'éducation ne peuvent prétendre à des subventions à la construction et à l'exploitation que si une planification cantonale montre qu'ils répondent à un besoin. On a procédé cette année à la préparation de la collecte des données de base requises pour la planification des foyers d'éducation. La collecte de données, qui aura lieu en 1993, concernera les années 1991 et 1992.

## 2.4.5.3 Rapport sur les foyers scolaires pour enfants inadaptés et socialement défavorisés du canton de Berne

A l'occasion du projet de construction du foyer scolaire de Landorf à Köniz, les organes compétents se sont vu remettre le rapport sur la situation des foyers scolaires dans le canton de Berne. Le canton de Berne dispose de neuf foyers, ce qui représente 230 places. Le taux

Plätzen betrieben. Mit rund 85 Prozent liegt die jahresdurchschnittliche Belegung der Schulheime relativ hoch. Der Bericht wird als Grundlage für die in den Richtlinien der Regierungspolitik 1990 bis 1994 vorgesehene Aktualisierung der Schulheim-Konzepte dienen.

#### 2.4.5.4 Bericht über stationäre und ambulante Institutionen für Alkoholranke im Kanton Bern

Im Rahmen der Erarbeitung eines Alkoholkonzeptes (als Teil der Gesundheitsplanung; in den Richtlinien der Regierungspolitik 1990–1994 enthalten) und im Zusammenhang mit dem Um- und Neubau des Sozialtherapeutischen Zentrums Kirchindach traf sich die zuständige Arbeitsgruppe im Berichtsjahr zu insgesamt fünf Sitzungen. Sie erarbeitete dabei im wesentlichen eine Übersicht über die stationären und ambulanten Institutionen für Alkoholranke im Kanton Bern. Wegen dringlicher Geschäfte (Arbeiten zur Erfüllung des Massnahmenplanes Haushaltgleichgewicht 1993–1996) wurden die Arbeiten der Arbeitsgruppe Ende April sistiert.

#### 2.4.6 Berufsbildung

Verschiedene Arbeiten zur Vorbereitung auf den EWR-Beitritt prägten die Tätigkeiten im Berufsbildungsbereich. So galt es z. B. die Anerkennung der verschiedenen Berufsdiplome sicherzustellen und Fragen der Berufsmaturität und Fachhochschulen zu diskutieren. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit der Konferenz der kantonalen Erziehungs- und Fürsorgedirektoren sowie dem BIGA.

Die Vorarbeiten zur Schaffung einer Informations- und Werbestelle «Drehscheibe» über die Berufe und Tätigkeiten im Gesundheits- und Sozialwesen des Kantons Bern wurden mit dem Schlussbericht beendet. Dieser sieht vier mögliche Szenarien vor, welche den interessierten Kreisen Anfang 1993 zur Stellungnahme unterbreitet werden sollen.

Im Rahmen der Conférence romande des affaires sanitaires et sociales CRASS beteiligte sich der Kanton Bern gemeinsam mit den Westschweizer Kantonen an der Vorbereitung einer Informations- und Werbekampagne für die Berufe des Gesundheitswesens. Im Frühjahr des Berichtsjahres konnte das erste Massnahmenpaket der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Es handelt sich u. a. um eine Plakat- und Fernsehwerbung sowie um eine Informationszeitschrift. Aus sprachlichen Gründen betraf die Kampagne lediglich den französischen Kantonsteil inkl. Biel/Bienne. Zurzeit wird abgeklärt, ob und allenfalls wie diese Image-Werbung weitergeführt werden kann.

Am 1. Juli trat der Regierungsratsbeschluss betreffend Pflegepersonal mit besonderen Funktionen in Kraft. Pflgende mit längerer Berufserfahrung, denen Funktionen übertragen sind, welche über den «normalen» Verantwortungsbereich hinausgehen, können in Zukunft angemessen honoriert werden.

Auf den 1. Januar des Berichtsjahres erlangten die neuen Ausbildungsbestimmungen des SRK für Pflegeberufe Gültigkeit. Diese sehen eine Grundausbildung von drei Jahren mit Diplomniveau I und nach einem weiteren Jahr mit Diplomniveau II vor. Die 1989 gebildete Arbeitsgruppe «Neue Ausbildungsbestimmungen für die Krankenpflege im Kanton Bern» erarbeitete ein Umsetzungskonzept. Die bisherigen Fähigkeitsausweise und Diplome sind weiterhin in der ganzen Schweiz als Berufsausweise anerkannt. Die Vorbereitungen für die Verbesserung der Praxisausbildung in den Pflegeberufen sind soweit gediehen, dass mit zwei Konzepten, «Sicherung der Ausbildungsqualität» und «Lehrstation», die notwendigen Voraussetzungen erprobt werden können.

Die Schule für Praktische Krankenpflege am Inselspital erarbeitete unter Mitwirkung anderer Pflegeschulen ein die neuen Pflegerichtlinien berücksichtigendes Übergangsprogramm für Pfleger/Pflegerinnen zum Diplom, welches auch baldmöglichst in der Praxis erprobt werden soll.

d'occupation moyenne annuelle des foyers est relativement haut puisqu'il se monte à environ 85 pour cent. Le rapport servira de base pour la réactualisation du concept des foyers, prévue dans le programme gouvernemental de législature 1990 à 1994.

#### 2.4.5.4 Rapport sur les établissements hospitaliers et ambulatoires pour alcooliques dans le canton de Berne

Dans le cadre de la redéfinition du programme de lutte contre l'alcoolisme (prévue dans le programme gouvernemental de législature 1990–1994, sous la rubrique de la planification en matière de santé), et en liaison avec le projet de transformation et de nouvelle construction du centre socio-thérapeutique de Kirchindach, le groupe de travail institué à cet effet s'est réuni à cinq reprises au cours de l'année sous rapport. Il s'est surtout attelé à passer en revue les institutions hospitalières et ambulatoires pour alcooliques du canton de Berne. Les travaux du groupe ont été suspendus en avril en raison d'affaires urgentes (travaux en vue de l'exécution du Plan de mesures Equilibre des finances 1993–1996).

#### 2.4.6 Formation professionnelle

Les activités dans le secteur de la formation professionnelle ont surtout été marquées par divers travaux de préparation à l'entrée dans l'EEE. C'est ainsi qu'il convenait d'assurer la reconnaissance des différents diplômes professionnels et de discuter des questions concernant la maturité professionnelle et les écoles supérieures spécialisées. Ces travaux ont eu lieu en étroite collaboration avec la Conférence des directeurs cantonaux de l'instruction publique et des œuvres sociales ainsi que l'OFIAMT.

Les travaux préparatoires en vue de la création d'un centre d'information «plaque tournante» sur les professions de la santé publique et de la prévoyance sociale dans le canton de Berne se sont terminés avec la rédaction d'un rapport final. Quatre scénarios y sont envisagés. Ils seront soumis à l'appréciation des cercles intéressés au début de l'année 1993.

Dans le cadre de la Conférence romande des affaires sanitaires et sociales CRASS, le canton de Berne a participé avec les cantons romands à la préparation d'une campagne d'information et de promotion pour les métiers de la santé. Le premier train de mesures a pu être présenté au public au printemps de cette année. Il comprend entre autres une campagne de publicité par affiches et à la télévision, ainsi que la parution d'un journal d'information. Pour des raisons linguistiques, la campagne s'est déroulée uniquement dans la partie francophone du canton, ainsi qu'à Bienne. Cette campagne d'images devra-t-elle continuer et sous quelle forme? La question est à l'étude.

Le 1<sup>er</sup> juillet est entré en vigueur l'arrêté du Conseil-exécutif concernant le personnel soignant aux fonctions particulières. Le personnel soignant disposant d'une longue expérience professionnelle et dont les fonctions dépassent le cadre des responsabilités «normales» pourra à l'avenir être dûment reconnu.

Les nouvelles dispositions concernant la formation professionnelle de la CRS dans le domaine des soins sont entrées en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier de cette année. Elles prévoient une formation de base de trois ans récompensée par un diplôme de niveau I, une année supplémentaire permettant d'obtenir le diplôme de niveau II. Le groupe de travail «Nouvelles prescriptions pour la formation professionnelle en soins infirmiers dans le canton de Berne», institué en 1989, a élaboré un projet de mise en œuvre. Les certificats de capacité et les diplômes actuels sont reconnus dans toute la Suisse comme des diplômes professionnels. Les travaux préparatoires en vue de l'amélioration de la formation dans le domaine des soins ont tellement bien avancé qu'il est déjà possible de mettre à l'essai deux projets visant cet objectif, à savoir les projets «Ausbildungsqualität» et «Lehrstation». L'Ecole d'infirmiers-assistants et d'infirmières-assistantes de l'Hôpital de l'Île, en collaboration avec d'autres écoles de soins infir-

Die Schaffung eines eigenen Ausbildungsangebotes für die Spitalregion IV gemäss Schulplanung hat sich vorläufig erübrigt. Die im Berichtsjahr erfolgte Erhebung der Schülerströme im Kanton Bern zeigte nämlich, dass die Schülerrekrutierung heute unabhängig von der Spitalregionszuteilung erfolgt. Die Rekrutierung von Personal ist deshalb im Rahmen der Umsetzungsarbeiten für die neuen SRK-Ausbildungsrichtlinien zu berücksichtigen.

Die Arbeiten zur Neukonzeption der Hebammen-Grundausbildung unter Berücksichtigung der Fort- und Weiterbildung konnten termingerecht weitergeführt werden und sollen sobald als möglich in einem Pilotversuch erprobt werden.

Die Arbeiten am Pilotprojekt «Ausbildung für mittleres Kader im Gesundheits- und Fürsorgebereich», bei dem die Städtische Krankenpflegeschule Engeried gemeinsam mit der Höheren Fachschule für Sozialarbeit HFS und dem Feusi Humboldtianum Schulzentrum beteiligt ist, konnten abgeschlossen, jedoch noch nicht zur Beschlussfassung gebracht werden. In diesem Projekt sollen bereits vorhandene Ausbildungsangebote einbezogen und genutzt werden.

Das Ausbildungskonzept einer Kaderausbildung für das Gesundheits- und Fürsorgewesen am Berner Kaderinstitut BKI wurde vom Grossen Rat mit 72 zu 68 Stimmen abgelehnt.

#### 2.4.7 *Statistik der Gemeindekrankenpflege, Hauspflege und Haushilfe im Kanton Bern*

Das im Rahmen der «Alterspolitik 2005» lancierte Projekt «Statistik der Gemeindekrankenpflege, Hauspflege und Haushilfe im Kanton Bern» konnte im Berichtsjahr noch nicht begonnen werden. Es zeigte sich, dass einerseits eine Vereinfachung der Erhebung und andererseits eine ausführliche Orientierung und Instruierung der Trägerschaften und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nötig war. So wurden u. a. im November in Zusammenarbeit mit den Trägerschaftszusammenschlüssen BVGO (Bernische Vereinigung der Gemeindekranken- und Gesundheitspflegeorganisationen) und VKHO (Vereinigung Kantonalbernerischer Hauspflegeorganisationen) Orientierungsveranstaltungen in Bern, Biel und Thun durchgeführt. Den Gemeindekranken-schwestern konnte das Projekt im Rahmen ihrer regionalen Zusammenkünfte bereits im Frühsommer erläutert werden.

Ab 1. Januar 1993 werden die Trägerschaften die erforderlichen Daten kontinuierlich erheben, so dass Mitte 1994 die Ergebnisse für 1993 vorliegen werden.

#### 2.5 **Revisorat**

Die Abteilung Revisorat ist administrativ der Gesundheitsdirektion zugeordnet. Als gemeinsame Abteilung ist sie jedoch für beide Direktionen tätig. Im Bereich Fürsorge wurden im Berichtsjahr folgende Aufgaben wahrgenommen:

##### 2.5.1 *Lastenverteilung pro 1991 vom 30. April*

In Tabelle 2 sind die Fürsorgeaufwendungen von Staat und Gemeinden in sechs Gruppen gegliedert aufgezeigt. Daraus sind die Verteilung der Fürsorgeaufwendungen auf Staat und Gemeinden sowie die Abweichungen gegenüber der Lastenverteilung pro 1990 ersichtlich (Die Zahlen des Berichtsjahres liegen erst Mitte Mai des Jahres 1993 vor.)

Gemäss Dekret vom 9. September 1982 über die Verteilung der Aufwendungen für das Fürsorgewesen, III. Abschnitt, sind in der Lasten-

miers, a élaboré un cursus de transition pour le personnel soignant à la recherche d'un diplôme, programme qui doit tenir compte des nouvelles directives en matière de soins. Il sera mis à l'épreuve dès que possible.

La mise en place d'une offre de formation, prévue par la planification scolaire pour la région hospitalière IV, s'est avérée provisoirement inutile. L'enquête effectuée en 1992 sur les flux d'élèves dans le canton de Berne a montré clairement que le recrutement des élèves était indépendant de la division en régions hospitalières. Le recrutement du personnel doit être envisagé dans le cadre de la mise en œuvre des directives concernant la nouvelle formation CRS.

Les travaux pour la redéfinition de la formation de base des sages-femmes avec la prise en compte du perfectionnement et de la formation complémentaire ont pu être menés dans les temps et feront bientôt l'objet d'une expérience-pilote.

Les travaux concernant le projet pilote de formation des cadres moyens dans le domaine de la santé publique et de la prévoyance sociale, auxquels participent conjointement l'Ecole Engeried, l'Ecole supérieure de travail social ESTS et le centre scolaire Feusi Humboldtianum, s'ils sont terminés, n'ont toutefois pas encore été suivis d'effets. Les possibilités de formation déjà existantes doivent être prises en compte et utilisées dans le projet.

Le programme de formation de l'Institut bernois pour la formation des cadres de la santé publique et de la prévoyance sociale (IBC) a été rejeté par le Grand Conseil par 72 voix contre 68.

#### 2.4.7 *Statistiques sur les soins à domicile, l'aide familiale et l'aide ménagère dans le canton de Berne*

Lancé dans le cadre de la «Politique du 3<sup>e</sup> âge 2005», le projet «Statistiques sur les soins à domicile, l'aide familiale et l'aide ménagère dans le canton de Berne» n'a pas encore pu commencer cette année. Il s'est avéré nécessaire de procéder d'une part à la simplification de l'enquête et d'autre part à une initiation et à une information des personnes responsables et de leurs collaborateurs. C'est ainsi que des cours d'orientation ont eu lieu en novembre à Berne, Bienne et Thoun, en collaboration avec la Fédération bernoise des services de santé publique (FBSP), et l'Association cantonale bernoise des organisations d'aide familiale. Le projet a déjà pu être présenté au début de l'été aux infirmières de soins à domicile dans le cadre de leurs assemblées régionales.

Dès le 1<sup>er</sup> janvier 1993, les organes responsables pourront commencer la collecte régulière des données nécessaires, de sorte que les résultats pour 1993 seront disponibles à la fin du premier semestre 1994.

#### 2.5 **Service de révision**

Quoique dépendant de la Direction de l'hygiène publique, le Service de révision traite également les affaires de la Direction des œuvres sociales. C'est donc un service commun aux deux Directions. Dans le domaine des œuvres sociales, le Service de révision s'est occupé des domaines suivants:

##### 2.5.1 *Répartition des charges 1991 du 30 avril*

Le tableau 2 détaille les six groupes de dépenses d'assistance de l'Etat et des communes. Il présente la répartition des dépenses d'assistance entre l'Etat et les communes ainsi que les écarts enregistrés par rapport à la répartition des charges de 1990 (les chiffres du présent exercice ne seront disponibles qu'à la mi-mai 1993).

Conformément au décret du 9 septembre 1982 sur la répartition des charges pour les œuvres sociales, III<sup>e</sup> chapitre, les dépenses suivan-



verteilung vom 30. April für das Rechnungsjahr 1991 folgende Aufwendungen enthalten:

- Unkorrigierte Fürsorgeaufwendungen pro 1991 der Gemeinden;
- Korrekturen der Fürsorgeaufwendungen pro 1990 der Gemeinden;
- Fürsorgeaufwendungen pro 1990 der Gemeinden;
- Fürsorgeaufwendungen pro 1991 des Staates.

#### 2.5.1.1 Kommentar zu den Abweichungen der Lastenverteilungsabrechnung 1991 gegenüber der Lastenverteilungsabrechnung 1990

##### *Armenfürsorge*

(Gesetz vom 3. 12. 1961 über das Fürsorgewesen, Art. 64 bis 72)

##### *Gemeinden*

1991 mussten 16 657 Personen (Vorjahr 14 618) unterstützt werden. Die Nettounterstützungsausgaben pro Person betragen 3826.70 (Vorjahr 3408.60) Franken.

##### *Staat*

Der Staat unterstützte 1991 3267 Personen (Vorjahr 3149). Pro Person ergaben sich Nettounterstützungsausgaben von 3339.15 (Vorjahr 2649.10) Franken.

##### *Zuschüsse für minderbemittelte Personen*

(Dekret vom 16. 2. 1971/17. 11. 1976/15. 11. 1977 sowie Regierungsratsbeschluss vom 25. 11. 1981)

Zuschüsse werden nur von den Wohnsitzgemeinden ausgerichtet. Unterstützt wurden 1991 5281 Personen (Vorjahr 4874). Die Nettounterstützungsausgaben pro Zuschussbezüger beliefen sich auf 4079.05 (Vorjahr 3429.40) Franken. Wie bereits im Vorjahr erwähnt, kann die öffentliche Fürsorge einem ihrer Grundsätze, nämlich demjenigen der Hilfe zur Selbsthilfe, nur noch teilweise gerecht werden. Durch die anhaltende Rezession hat sich die Lage weiter zugespitzt. Die nachstehenden besonderen Faktoren, die der Betroffene selbst nicht beeinflussen kann, verursachen die heutige sogenannte «neue Armut»:

- Gesundheitskosten (Krankenkassenprämien/-selbstbehalte, Zahnarztrechnungen usw.)
- Wohnungsmieten bzw. nicht vorhandene preisgünstige Wohnungen
- Rationalisierungsmassnahmen auf dem Arbeitsmarkt und damit verbunden der erschwerte Zugang zu geeigneten neuen Arbeitsstellen.

##### *Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen*

(Verordnung vom 29. 6. 1962 über die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für besondere Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen)

##### *Gemeinden*

Die Erhöhung schlug sich vor allem in den Bereichen Kinderkrippen, Gemeindekrankenpflege, Haus- und Betagtenhilfe sowie Jugendeinrichtungen nieder.

##### *Staat*

Beim Staat haben sich insbesondere die erhöhten Besoldungen im Erziehungsberatungsbereich ausgewirkt.

##### *Fürsorgeheime*

(Dekret vom 17. 9. 1968 über die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für Fürsorgeheime)

Diese Gruppe enthält Bau- und Einrichtungs- sowie Betriebsbeiträge für ca. 300 bernische Fürsorgeinstitutionen und mehrere ausserkantonale Heime (für Berner in Heimen ausserhalb des Kantons Bern).

tes ont été portées dans les comptes de la répartition des charges du 30 avril pour l'exercice 1991:

- les dépenses d'assistance, non corrigées, des communes pour 1991;
- les corrections des dépenses d'assistance des communes pour 1990;
- les dépenses d'assistance des communes pour 1990;
- les dépenses d'assistance de l'Etat pour 1991.

#### 2.5.1.1 Commentaires sur les écarts enregistrés dans la répartition des charges 1991 par rapport à la répartition des charges 1990

##### *Assistance*

(Loi du 3. 12. 1961 sur les œuvres sociales, art. 64 à 72)

##### *Communes*

En 1991, il a fallu assister 16 657 personnes (contre 14 618 l'année précédente). Les dépenses d'assistance nettes par personne assistée étaient de 3826 francs 70 (contre 3408 fr. 80 l'année précédente).

##### *Etat*

En 1991, l'Etat a assisté 3267 personnes (contre 3149 l'année précédente). Les dépenses d'assistance nettes par personne assistée étaient de 3339 francs 15 (contre 2649 fr. 10 l'année précédente).

##### *Allocations spéciales en faveur des personnes de condition modeste*

(Décret des 16. 2. 1981/17. 11. 1976/15. 11. 1977 et arrêté du Conseil exécutif du 25. 11. 1981)

Seules les communes de domicile accordent des allocations spéciales. En 1991, 5281 personnes (contre 4874 l'année précédente) ont été assistées. Les dépenses d'assistance nettes par personne étaient de 4079 francs 05 (contre 3429 fr. 40 l'année précédente). Comme nous l'avons déjà rappelé l'an dernier, l'un des grands principes de l'assistance sociale, l'entraide, n'a plus qu'une application limitée. La persistance de la récession a encore aggravé la situation. Ce qu'on appelle aujourd'hui la «nouvelle pauvreté» est due aux facteurs particuliers suivants, indépendants de la volonté des intéressés:

- dépenses de santé (primes/franchises des caisses-maladie, factures de soins dentaires, etc.);
- loyers; pénurie de logements bon marché;
- rétrécissement du marché du travail et, par voie de conséquence, pénurie de postes adéquats.

##### *Institutions spécialisées de prévoyance et d'aide sociale*

(Ordonnance du 29. 6. 1962 concernant les prestations de l'Etat et des communes à des institutions particulières de prévoyance)

##### *Communes*

La hausse est surtout imputable aux domaines des crèches, des soins à domicile, de l'aide ménagère et de l'aide aux personnes âgées, ainsi qu'aux institutions pour adolescents.

##### *Etat*

Dans ce domaine, ce sont surtout les hausses de traitement dans l'orientation en matière d'éducation qui sont responsables de l'augmentation des dépenses.

##### *Foyers à but social*

(Décret du 17. 9. 1968 concernant les dépenses de l'Etat et des communes pour les foyers, hospices et asiles)

Ce groupe englobe les subventions à la construction, à l'aménagement et à l'exploitation de quelque 300 établissements bernois à but social et de plusieurs foyers extra-cantonaux (pour Bernois en foyers hors du canton).

*Gemeinden*

Die neu eröffneten Altersheime in Evillard, Moutier und Orvin mit entsprechenden Folgekosten (Bau- und Betriebskosten) hatten Mehrbelastungen zur Folge. Daneben hat sich auch die erhöhte Lohnsteuerung bei den Lohnkosten und den Sozialzulagen niedergeschlagen.

*Staat*

Der Zuwachs ist mehrheitlich auf bedeutend höhere Betriebsbeiträge an die Kinder- und Jugendheime sowie an die Institutionen im Suchtbereich zurückzuführen. Die Hauptursache liegt in den erhöhten Personalaufwendungen.

*Personalkosten*

(Verordnung vom 29. 7. 1966 über die Förderung der Ausbildung von Sozialarbeitern und Verordnung vom 27. 3. 1974 über die Zulassung von Besoldungskosten für Sozialarbeiter zur Lastenverteilung)

*Gemeinden*

Durch den Ausbau der Sozialdienste haben die Besoldungs- und Weiterbildungskosten für Sozialarbeiter erneut zugenommen.

*Staat*

Der Zuwachs hängt neben den gestiegenen Personalaufwendungen auch mit erhöhten Beiträgen an die Berufsbildungsinstitutionen zusammen.

*Total Fürsorgeaufwendungen*

Insgesamt erbrachten Staat und Gemeinden 1991 428,5 Mio. Franken Fürsorgeaufwendungen. Gegenüber 1990 betragen die Mehrausgaben 51,4 Mio. Franken oder 13,6 Prozent.

2.5.2 *Revisionsergebnisse*

6,8 Mio. Franken der von den Gemeinden gemeldeten Fürsorgeaufwendungen konnten nicht als lastenverteilungsberechtigt anerkannt werden. Bei 141 Gemeinden wurden externe Revisionen durchgeführt. Die Fürsorgerechnungen der übrigen 271 Gemeinden wurden aufgrund der eingereichten Unterlagen auf ihre Lastenverteilungsberechtigung hin überprüft.

Gegen die Lastenverteilungsabrechnung vom 30. April haben 18 Gemeinden Beschwerde erhoben. Davon konnten deren 13 erledigt werden; fünf sind zurzeit noch in Bearbeitung.

Bei den direkt subventionierten Institutionen (145) wurden im Berichtsjahr 52 externe Revisionen (1990: 59) durchgeführt. Der Rückgang ist auf geringere personelle Kapazitäten zurückzuführen. Aus personellen Gründen ist es auch in «Normaljahren» nicht möglich, in allen Institutionen jährlich externe Prüfungen vorzunehmen, sondern nur alle drei bis vier Jahre. Aufgrund der eingereichten Abschlussunterlagen wurden jedoch zusätzlich die Institutionen mit Budgetüberschreitungen sowie Einrichtungen, in denen personelle und strukturelle Probleme aufgetreten sind, überprüft. Ausserdem wurden im Jahre 1991 verschiedene externe Revisionen und Budgetberatungen von indirekt über die Gemeinden subventionierten Fürsorgeinstitutionen vorgenommen. Die Buchprüfungen führten zu Gesamtbereinigungen von rund 800 000 (Vorjahr 1 600 000) Franken.

2.5.3 *Budgetbearbeitung 1993*

Bei der Prüfung der eingereichten Budgets 1993 wurden die Defizite der subventionierten Institutionen der Fürsorge um rund 7 Mio. Franken reduziert. Der budgetierte Defizitanstieg beträgt 6 Prozent. Die

*Communes*

L'ouverture des foyers d'Evillard, Moutier et Orvin, avec les dépenses qu'elle a entraînées (frais de construction et d'exploitation) a eu pour conséquence d'augmenter les charges financières. En outre, le renchérissement des salaires s'est répercuté sur les coûts salariaux et les allocations sociales.

*Etat*

L'augmentation est en grande partie imputable à la forte hausse des subventions d'exploitation en faveur des foyers pour enfants et adolescents ainsi qu'aux institutions pour les toxicomanes. Cette hausse s'explique principalement par la hausse des frais de personnel.

*Frais de personnel*

(Ordonnance du 29. 7. 1966 concernant l'encouragement à la formation de travailleurs sociaux et ordonnance du 27. 3. 1974 concernant l'admission des frais de traitement des travailleurs sociaux à la répartition des charges)

*Communes*

Les frais de traitement et de formation professionnelle des travailleurs sociaux ont une nouvelle fois augmenté sous l'effet du développement des services sociaux.

*Etat*

La hausse s'explique par l'augmentation des dépenses de personnel et par celle des subventions aux institutions de formation professionnelle.

*Total des dépenses d'assistance*

Les dépenses d'assistance de l'Etat et des communes pour 1991 ont totalisé 428,5 millions de francs, soit 51,4 millions de francs ou 13,6 pour cent de plus qu'en 1990.

2.5.2 *Résultats des révisions*

6,8 millions de francs des dépenses d'assistance présentées par les communes n'ont pas pu être admis à la répartition des charges. 141 communes ont fait l'objet de révision externe. Au vu des boucléments des comptes des œuvres sociales des 271 autres communes, on a contrôlé le bien-fondé de l'admission des dépenses à la répartition des charges.

18 communes ont fait recours contre le décompte de la répartition des charges du 30 avril. Treize recours ont pu être réglés, les cinq autres étant encore à l'examen.

Parmi les 145 institutions à but social bénéficiant de subventions cantonales, 52 (contre 59 en 1990) ont fait l'objet d'une révision externe au cours de l'exercice. Faute de personnel, il n'est pas possible, même dans les années «normales», de procéder à des contrôles externes annuels dans chaque institution. Une telle révision ne peut se faire que tous les trois à quatre ans. On procède toutefois à l'examen, sur la base des boucléments reçus, des institutions présentant des dépassements de budget ainsi que des établissements connaissant des problèmes de structure ou de personnel. On a en outre conduit en 1991 différentes révisions externes et consultations budgétaires d'institutions à but social subventionnées indirectement, par le biais des communes. Les examens des livres ont permis des apurements pour un montant total de près de 800 000 francs (contre 1 600 000 fr. l'année précédente).

2.5.3 *Préparation du budget 1993*

Lors de l'examen du budget 1993, le déficit des institutions subventionnées d'aide sociale a été réduit d'environ 7 millions de francs. L'augmentation du déficit inscrite au budget se monte à 6 pour cent.

Zuwachsrates liegt damit über unserer Budgetvorgabe von 3,5 Prozent. Unter Ausklammerung der in den bewilligten Budgets enthaltenen neuen Institutionen (Ganz- und Teilbetriebe) und der rückläufigen BSV-Subventionen (insbesondere in den Grosspflegeheimen) konnte der Richtwert allerdings eingehalten werden.

#### 2.5.4 Neue durch den Staat direkt subventionierte Institutionen im Fürsorgewesen 1992

Im Berichtsjahr wurde folgenden Fürsorgeinstitutionen die erstmalige Betriebsbeitragsberechtigung erteilt:

- Frauenhaus Biel
- Wohn- und Pflegeheim Riggisberg

#### 2.5.5 Fonds für Suchtprobleme

Dieser zweckbestimmte Fonds wird ausschliesslich durch den Bund aus dem Ertrag des eidgenössischen Alkoholmonopols gespeisen. Im Berichtsjahr ergab sich folgende Entwicklung:

Fondsentwicklung im Berichtsjahr	Fr.
Bestand per 1. Januar 1992	1 101 806.78
zuzüglich: Anteil am Ertrag des eidgenössischen Alkoholzehntels (zweckgebundene Verwendung)	2 643 066.80
Zwischentotal	3 744 873.58
abzüglich Ausgaben: Betriebsbeiträge an die Beratungsstellen des Bernischen Verbandes für Suchtfragen und des Kantonalverbandes des Blauen Kreuzes	2 937 834.20
diverse Einzelbeiträge	3 447 297.20
Fondsbestand per 31. Dezember 1992	297 576.38

#### 2.5.6 Tarifwesen

In den kantonalen Tarifregelungen für Alters- und Pflegeheime sowie jenen für erwachsene Behinderte wurden die Höchsttarife analog zu den AHV- und IV-Renten per 1. Januar 1993 um 4,44 Prozent angehoben.

Das bisherige System einer einkommens- und vermögensabhängigen Tarifierung wurde beibehalten. Immer häufiger ist jedoch festzustellen, dass versucht wird, mit vorzeitigen Vermögensabtretungen und unvollständigen Angaben niedrigere Tarife zu erwirken.

Die Strukturänderungen und Erhöhungen bei den Tarifen für Gemeindegrenzenpflege sowie für Hauspflege und Haus- und Betagtenhilfe stiessen im Berichtsjahr bei einer grossen Zahl von Spitex-Organisationen auf entschiedenen Widerstand. Die Tarife mussten deshalb erneut überarbeitet werden. Dabei erwies es sich erwartungsgemäss als unmöglich, allen Interessen vollumfänglich Rechnung zu tragen. Es gelang jedoch, bei den neu erarbeiteten Tarifen 1993 in bezug auf die Struktur vollständig und in bezug auf die Tarifhöhe grösstenteils Einigkeit zu erzielen.

#### 2.5.7 Fürsorgeleistungen der Burgergemeinden

Die Beiträge der Burgergemeinden an unterstützte Bürger (sog. Bürgergutsbeiträge) bewegen sich zwischen 21 bis 3178 Franken. Insgesamt beliefen sich die Bürgergutsbeiträge für das Jahr 1991 auf 292 558.45 Franken.

13 Burgergemeinden und die 13 Zunftgesellschaften der Burgergemeinde Bern sind auch im Berichtsjahr vollständig für ihre unterstützungsbedürftigen Mitglieder aufgekommen. 1991 betrugen die Nettoaufwendungen insgesamt 1 265 801.05 Franken.

Ce taux de croissance dépasse de beaucoup les consignes budgétaires de 3,5 pour cent. Toutefois, si l'on ne tient pas compte des nouvelles institutions qui figurent dans le budget (exploitation totale et partielle) et du recul des subventions fédérales des assurances sociales (notamment dans le cas des grands foyers médicalisés), les prévisions n'ont pas été dépassées.

#### 2.5.4 Nouvelles institutions à but social bénéficiant de subventions cantonales en 1992

Au cours de l'exercice se sont vues reconnaître le droit au subventionnement par l'Etat les institutions suivantes:

- Maison des femmes à Bienne
- Foyer médicalisé de Riggisberg

#### 2.5.5 Fonds de lutte contre les toxicomanies

Ce Fonds à destination déterminée est entièrement alimenté par la Confédération par le biais du produit du monopole fédéral sur les alcools. L'évolution du Fonds au cours de l'exercice a été la suivante:

Evolution du Fonds au cours de l'exercice	francs
Etat au 1 <sup>er</sup> janvier 1992	1 101 806.78
augmenté de: Part du produit du monopole fédéral sur les alcools (affectation déterminée)	2 643 066.80
Total intermédiaire	3 744 873.58
diminué de: subventions aux centres de consultation de l'Association bernoise pour les questions de toxicomanie et de l'Association cantonale de la Croix-Bleue	2 937 834.20
Subventions ponctuelles	3 447 297.20
Etat du Fonds au 31 décembre 1992	297 576.38

#### 2.5.6 Tarification

Dans les réglementations cantonales pour les foyers médicalisés et foyers pour les personnes âgées ainsi que pour les foyers pour handicapés adultes, les tarifs ont été relevés de 4,44 pour cent au 1<sup>er</sup> janvier 1993, comme les rentes AVS et AI.

On a conservé le système d'une tarification en rapport avec le niveau du revenu et de la fortune. Cependant, on note de plus en plus fréquemment des tentatives de bénéficier de tarifs plus bas au moyen de cessions de biens anticipées ou de renseignements incomplets fournis à l'administration. Les modifications de structure tarifaire et les augmentations de tarifs intervenues cette année pour les soins à domicile, l'aide ménagère, l'aide familiale et l'assistance aux personnes âgées se sont heurtées à l'opposition résolue de bon nombre d'organisations MAD. Il a donc fallu remettre l'ouvrage sur le métier. Comme on s'y attendait, il s'est avéré impossible de satisfaire tout le monde. Cependant, une fois revus, les tarifs 1993 ont été acceptés à l'unanimité en ce qui concerne leur structure, et à une grande majorité en ce qui concerne leur hauteur.

#### 2.5.7 Prestations d'assistance des communes bourgeoises

Les contributions des communes bourgeoises en faveur de ressortissants assistés (ce qu'on appelle couramment les contributions des biens de bourgeoisie) oscillent entre 21 et 3178 francs. La totalité de ces contributions pour 1991 se monte à 292 558 francs 45.

13 communes bourgeoises et les 13 corporations de la commune bourgeoise de Berne ont cette année encore pu assister tous leurs ressortissants indigents. En 1991, les dépenses se sont montées à 1 265 801 francs 05.

2.5.8 *Interkantonale Heimvereinbarung*

Der Kanton Bern trat 1984 dieser Vereinbarung bei, weil er beim grossen Spezialisierungsgrad in der Behindertenhilfe, im Erziehungswesen und im Justizbereich für Jugendliche nicht alle Arten von Institutionen anbieten kann. Aber auch die andern Kantone sind dazu nicht in der Lage, weshalb eine interkantonale Zusammenarbeit unumgänglich ist. Die interkantonale Zusammenarbeit verhindert zudem, dass die Heimbewohner durch verwaltungstechnische Unzulänglichkeiten benachteiligt werden.

Im Berichtsjahr wurden folgende Beiträge für ausserkantonale platzierte Bernerinnen und Berner ausgerichtet:

Kinder und Jugendliche	4 392 150.80 Franken
behinderte Erwachsene	1 400 511.70 Franken
Total	5 792 662.50 Franken

Die Einnahmen für Ausserkantonale in Berner Heimen betragen 1991 rund 7 500 000 Franken. Die Zahlen des Berichtsjahres liegen noch nicht vor.

Die Abteilung Revisorat ist Verbindungsstelle für die ausserkantonalen Plazierungen und überprüft und regelt den Zahlungsverkehr mit den übrigen Kantonen. Im Zusammenhang mit den in allen Kantonen angestiegenen Heimkosten wird unter der Federführung des Kantons Bern zurzeit im Rahmen der Nordwestschweizer Regionalkonferenz der Heimvereinbarung ein Kennzahlensystem entwickelt.

3. **Parlamentarische Vorlagen**

Keine

4. **Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)**4.1 **Abschreibungen von Motionen und Postulaten**4.1.1 *Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

*Postulat Suter* vom 19. November 1987 betreffend Förderung der spitalexternen Dauerpflege

Die Alterspolitik 2005 zielt unter anderem auf Entlastungsmöglichkeiten für betreuende und pflegende Angehörige sowie auf die Stärkung der ambulanten und teilstationären Dienstleistungen. Mit der Ende Berichtsjahr erarbeiteten Vorlage «Alterspolitik 2005» kann das Postulat demzufolge als erfüllt abgeschrieben werden.

*Motion Schneider* vom 25. Mai 1989 betreffend Schaffung eines «Bern light house» (Pflegeheim für Aidskranke) (Annahme als Postulat)

Zurzeit ist kein Projekt hängig, das die Errichtung eines «light house» mit öffentlichen Geldern beabsichtigt. Aufgrund der finanziellen Lage des Kantons ist nicht geplant, verwaltungsseitig weitere Anstösse zur Gründung eines «Bern light house» zu geben. Da somit eine Realisierung dieses Projektes nicht absehbar ist, wird die Abschreibung der als Postulat überwiesenen Motion beantragt.

*Motion Scherrer* vom 14. September 1989 betreffend dringende Massnahmen in der Drogenbekämpfung (Ziffer 5)

Das Pilotprojekt «Suchtprävention und Gesundheitserziehung am Seminar Thun» zur Verbesserung und Weiterentwicklung der Sucht-

2.5.7 *Convention intercantonale relative aux institutions*

Si le canton de Berne a adhéré à cette convention en 1984, c'est parce que, pour des hauts degrés de spécialisation, il ne pouvait pas offrir lui-même tous les types d'institutions dans le domaine de l'aide aux handicapés, de l'instruction et de la justice pour les jeunes. Les autres cantons connaissant une situation analogue, cette coopération est indispensable. La collaboration intercantonale doit en outre empêcher que des ressortissants d'un canton aient à pâtir d'insuffisances d'ordre technique ou administratif.

Au cours de l'exercice, les contributions pour les Bernois et les Bernoises placés dans des institutions extracantonales ont été les suivantes:

Enfants et adolescents	4 392 150 francs 80
Adultes handicapés	1 400 511 francs 70
Total	5 792 662 francs 50

Les recettes provenant du placement de ressortissants non bernois dans les institutions bernoises se sont montées en 1991 à 7 500 000 francs. Les chiffres de l'année sous rapport ne sont pas encore connus.

Le Service de révision sert de service de liaison en matière de placement extracantonale. Il doit en outre examiner et régler le flux des versements avec les autres cantons. Au vu de l'augmentation générale des tarifs des foyers, le canton de Berne est actuellement chargé, dans le cadre la Conférence régionale des cantons du nord-ouest de la Suisse chargée de l'application de la Convention relative aux institutions, de diriger les travaux en vue de l'élaboration d'un système d'indicateurs.

3. **Textes législatifs soumis au Parlement**

Aucun.

4. **Interventions parlementaires (motions et postulats)**4.1 **Classement de motions et postulats**4.1.1 *Classement de motions et postulats réalisés*

*Postulat Suter* du 19 novembre 1987 concernant la promotion des soins hospitaliers.

La politique du 3<sup>e</sup> âge 2005 vise autant à promouvoir l'aide à l'entourage qui soigne et prend en charge le patient qu'à renforcer les formes d'assistance ambulatoires et semi-ambulatoires. Le Grand Conseil ayant donné son feu vert à l'application de la politique du 3<sup>e</sup> âge 2005, le postulat peut donc être classé comme étant réalisé.

*Motion Schneider* du 25 mai 1989 concernant la création à Berne d'une «Light House» (Foyer médicalisé pour les malades du Sida) (adoptée comme postulat)

Il n'existe à ce jour aucun projet visant à la création d'une «Light House» soutenue par des fonds publics. En raison de la situation financière du canton de Berne, l'administration n'a pas l'intention de donner suite à ce projet. La réalisation du projet étant abandonnée pour l'instant, la motion acceptée sous forme de postulat peut être classée.

*Motion Scherrer* du 14 septembre 1989 concernant des mesures urgentes pour lutter contre la drogue, chiffre 5 (adopté comme motion)

Tableau 2 - Ecart entre les répartitions des charges 1991 et 1990

Tabelle 2 - Abweichungen Lastenverteilung 1991 gegenüber Lastenverteilung 1990

Text	Gemeindeaufwendungen / Communes		Staatsaufwendungen / Etat		Gesamtaufwendungen		Texte	
	1991 Fr.	1990 Fr.	1991 Fr.	1990 Fr.	1991 Fr.	1990 Fr.		
Armenfürsorge	63 741 058	52 635 541	11 105 517	10 909 013	8 341 998	2 567 015	13 672 532	Assistance publique
Zuschüsse	21 541 488	17 129 137	4 412 351	-	-	-	4 412 351	Allocations spéciales
Inkassohilfe und Bevorschußung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder	8 220 383	7 003 990	1 216 393	-	-	-	7 003 990	Aide au recouvrement et avance de contributions d'entretien pour enfants
Wohlfahrts- einrichtungen	89 412 752	80 490 768	8 921 984	12 802 723	10 617 278	2 185 445	11 107 429	Institutions
Fürsorgeheime	84 691 701	72 381 962	12 309 739	108 981 377	102 644 120	6 337 257	175 026 082	de prévoyance
Personalkosten	21 367 344	19 189 693	2 177 651	6 922 485	6 770 996	151 489	2 329 140	Foyers, hospices
			11,3%	2,2%	2,2%	9,0%		Frais de personnel
Total	288 974 726	248 831 091	40 143 635	139 615 598	128 374 392	11 241 206	51 384 841	Total
			16,1%	8,8%	8,8%	13,6%		
Anteil Staat 6/10			(257 154 194)	(226 323 290)	(226 323 290)	(30 830 904)	(30 830 904)	Part de l'Etat 6/10
			13,6%	13,6%	13,6%	13,6%		
Anteil Gemeinden 4/10	(171 436 130)	(150 882 193)	(20 553 937)					Parts des communes 4/10
			13,6%					
Guthaben der Gemeinden aus Lastenverteilung	117 538 596	97 948 898	19 589 698				150 882 193	Avoir des communes provenant de la répartition des charges
			20,0%					
Anteil der Gemeinden an Krankenversicherungs- beiträge	(4 342 165)	(4 116 978)	225 187	(117 538 596)	(97 948 898)	(19 589 698)	-	quote-part des com- munes dans les primes d'assurance-maladie
								Contributions aux frais de formation
Schulungskosten- beiträge	(3 212 584)	(3 109 180)	103 404					
	109 983 847	90 722 740	19 261 107					

prävention und Gesundheitserziehung an den Volksschulen im deutschsprachigen Teil des Kantons Bern ist im Berichtsjahr gestartet worden. Ergebnisse werden bis Mitte 1994 vorliegen, die dann in anderen bernischen Seminaren umgesetzt werden können.

*Motion Neuenschwander* vom 13. November 1990 betreffend Lastenausgleich im Schul- und Fürsorgewesen

Der vom Motionär verlangte Bericht wurde im März dem Grossen Rat unterbreitet.

*Motion Omar* vom 27. März 1991 betreffend Krankenzimmer Landoltstrasse

Wie im Bericht in Ziffer 2.1.4 dargelegt, wurde das Krankenzimmer Landoltstrasse von der Trägerschaft geschlossen.

*Motion Gugger* vom 13. November 1991 betreffend Erhaltung der Lehrlingsheime (Annahme als Postulat)

*Motion Galli* vom 9. Dezember 1991 betreffend Aufsicht über die Lehrlingsheime bzw. Koordination der Beiträge durch andere Heimatgemeinden und Heimatkantone (Annahme als Postulat)

*Postulat Galli* vom 9. Dezember 1991 betreffend Aufsicht über die Lehrlingsheime bzw. Koordination der Beiträge durch andere Heimatgemeinden und Heimatkantone

Die als Postulate überwiesenen Vorstösse bezwecken gemäss gemeinsamer Antwort des Regierungsrates die Erhaltung bzw. Sicherstellung der Finanzierung/Subventionierung der Lehrlingsheime. Aufgrund dieser Vorstösse hat der Regierungsrat bekanntlich auf eine ersatzlose Streichung der Lastenverteilungsberechtigung der Aufwendungen (Staats- und/oder Gemeindebeiträge) für die Lehrlingsheime (Massnahme 2c des MHG 1993–1996) verzichtet. Die Lehrlingsheime sind noch insoweit subventionsberechtigt, bzw. die Aufwendungen für diese Heime lastenverteilungsberechtigt, als die Heime der Betreuung von sozialgeschädigten oder sozialgefährdeten Jugendlichen (sog. Sozialfälle) dienen. Die neue Regelung wird zur Folge haben, dass die Heime von allen Lehrlingen, die nicht aus fürsorglichen Gründen in ein Heim eintreten bzw. eingewiesen werden, kostendeckende Tarife erheben werden. Sollten die Betroffenen bzw. deren Eltern zur Übernahme dieser Tarife nicht in der Lage sein, können hierfür Stipendien, gegebenenfalls Leistungen im Rahmen der Individualfürsorge in Anspruch genommen werden.

*Postulat Stoffer* vom 16. März 1992 betreffend Tarife für Hauspflege-, Haus- und Betagtenhilfe

Die Tarife 1993 sind von einer Arbeitsgruppe erarbeitet worden, in der Stadt und Land, französischsprachiger und deutschsprachiger Kantonssteil, die beiden bernischen Spitex-Organisationen, eine Interessengemeinschaft von Krankenschwestern und eine Gemeinde vertreten waren. Mehrheitlich konnte in allen Punkten Einigkeit erzielt werden. Die neuen Tarife tragen den Vorschlägen und Wünschen der in der Arbeitsgruppe vertretenen Organisationen weitgehend Rechnung. Mit den vorgenommenen Änderungen wird dem Anliegen der Postulantin Rechnung getragen.

*Postulat Holderegger* vom 13. März 1992 betreffend Rollende Erfassung der Situation von Behinderten

Im Rahmen der im Berichtsjahr durchgeführten Datenerhebung bei den Institutionen für erwachsene Behinderte sind Abklärungen zur Versorgungsstruktur und Nachfragesituation im Behindertenbereich in qualitativer und quantitativer Hinsicht in die Wege geleitet worden. Die Ergebnisse der Umfrage werden 1993 zur Verfügung stehen. Bis dahin soll auch die Form der Fortführung der Datenerfassung geklärt werden. Das Postulat Holderegger kann demzufolge als erfüllt abgeschrieben werden.

Cette année a vu le démarrage de l'expérience pilote «Suchtprävention und Gesundheitserziehung am Seminar Thun», destinée à l'amélioration et au développement de la prévention en matière de toxicomanie et de l'éducation en matière de santé dans les écoles publiques de la partie germanophone du canton de Berne. Les résultats seront connus d'ici le milieu de l'année 1994, et l'expérience pourra alors être étendue à d'autres écoles normales bernoises.

*Motion Neuenschwander* du 13 novembre 1990 concernant la compensation des charges scolaires et sociales (rapport au Grand Conseil)

Le rapport demandé par le motionnaire a été soumis au Grand Conseil en mars.

*Motion Omar* du 27 mars 1991 concernant le dispensaire de la Landoltstrasse

Comme l'explique le rapport sous le chiffre 2.1.4, l'organe responsable du dispensaire a décidé de fermer cet établissement.

*Motion Gugger* du 13 novembre 1991 concernant le maintien des foyers d'apprentis (acceptée sous forme de postulat)

*Motion Galli* du 9 décembre 1991 concernant le subventionnement des foyers pour apprentis (acceptée sous forme de postulat)

*Postulat Galli* du 9 décembre 1991 concernant la surveillance de foyers pour apprentis et la coordination des subventions à verser par d'autres communes ou cantons de domicile

Les interventions, qui ont été acceptées comme postulats et ont donné lieu à une réponse commune du Conseil-exécutif, visent toutes à demander le maintien des foyers d'apprentis et la poursuite de leur subventionnement. En adoptant les interventions, le Conseil-exécutif a renoncé à la suppression pure et simple de l'admission à la répartition des charges des contributions aux foyers (subventions de l'Etat seul ou de l'Etat et des communes) (mesure 2c du Plan de mesures Equilibre des finances 1993–1996). Seuls continueront à être subventionnés, ce qui veut dire en d'autres termes que les contributions qui leur seront versées continueront à être admises à la répartition des charges, les foyers d'apprentis qui hébergent des cas sociaux. La nouvelle réglementation prévoit donc que les foyers qui n'abritent pas d'apprentis à des fins d'assistance devront subvenir eux-mêmes à leurs besoins en exigeant des apprentis une pension plus élevée. Des bourses ou, selon les cas, des allocations versées dans le cadre de l'assistance individuelle pourront être accordées aux apprentis qui seront dans l'incapacité, ou dont les parents seront dans l'incapacité de payer le plein tarif.

*Postulat Stoffer* du 16 mars 1992 concernant les tarifs des soins à domicile à partir du 1<sup>er</sup> avril 1992

Les tarifs 1993 ont été élaborés par un groupe de travail dans lequel étaient représentées les régions urbaines et rurales, les parties francophone et germanophone du canton, les deux organisations MAD du canton de Berne, une communauté d'intérêt d'infirmières ainsi qu'une commune. La majorité des participants a pu s'entendre sur l'ensemble des points. La nouvelle tarification tient largement compte des vœux exprimés et des propositions faites par les organisations représentées dans le groupe de travail. Les modifications envisagées répondent donc au désir exprimé par l'auteur du postulat.

*Postulat Holderegger* du 13 mars 1992 concernant le recensement continu des handicapés

Dans le cadre de la collecte de données effectuée cette année auprès des institutions qui accueillent des handicapés adultes, la Direction des œuvres sociales mène actuellement une étude sur l'offre et la demande dans le secteur des handicapés, aussi bien quantitativement que qualitativement. Les résultats de l'enquête seront connus en 1993. D'ici là, il s'agira d'étudier la question de la tenue régulière de ce relevé de données. Le postulat peut donc être classé comme étant réalisé.

4.1.2 Ausserordentliche Abschreibungen

Keine.

4.1.2 Classement extraordinaire

Aucun.

4.2 **Vollzug überwiesener Motionen und Postulate**4.2.1 *Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist*

*Motion von Gunten* vom 20. September 1990 betreffend Abgabe von Opiaten und Alkaloiden durch staatliche Institutionen (Annahme als Postulat)

*Postulat Büsschi* vom 12. Dezember 1990 betreffend Versuch mit kontrollierter Drogenabgabe (Annahme als Postulat)

*Motion Schaer* vom 10. Dezember 1990 betreffend Drogenpolitik: wir brauchen eine Politik der Schadenverminderung (Ziffer 1: Annahme als Postulat)

Im Rahmen der Verordnung des Bundesrates vom 15. November wurde beim Bundesamt für Gesundheitswesen das Gesuch eingereicht zur Durchführung von Pilotversuchen der diversifizierten Verschreibung von Betäubungsmitteln in Bern, Biel und Thun. Die Versuche können gestartet werden, sobald die Genehmigung durch das Bundesamt vorliegt und die erforderlichen Geldmittel für die definitiven Versuchsanordnungen zur Verfügung stehen (frühestens Herbst 1993).

*Motion Reber* vom 19. August 1991 betreffend Neuregelung des Lastenausgleichs (Annahme als Postulat)

Im Rahmen der Massnahmen Haushaltgleichgewicht plant die Direktion die Änderung des Lastenverteilungsschlüssels. Die Einführung eines vom Motionär geforderten Selbstbehaltes ist in diesem Zusammenhang zu prüfen.

*Motion Blaser* vom 22. August 1991 betreffend Drogen: Auffangstation und Abklärungsstelle für Drogenkranke (Annahme als Postulat)

Es ist geplant, 1993 dem Grossen Rat den Antrag zur Subventionierung einer neuen Drogenentzugsstation in der Region Bern (Selhofen, Kehrsatz) zu unterbreiten. Ein Teil der vom Motionär geforderten Aufgaben wird durch diese neue Institution übernommen werden können.

*Motion Lüscher* vom 22. August 1991 betreffend Beobachtung der Auswirkungen der kontrollierten Drogenabgabe auf die entzugs- und behandlungsorientierten Einrichtungen (Annahme als Postulat)

Der Forderung des Motionärs wird in den Pilotversuchen der diversifizierten Verschreibung von Betäubungsmitteln in Bern, Biel und Thun im Rahmen der Verordnung des Bundesrates vom 15. November 1992 soweit als möglich Rechnung getragen.

*Motion Hurni* vom 4. November 1991 betreffend Schulheim Oberbipp (Ziffer 2 als Postulat überwiesen)

Mit Verfügung vom 6. März wurde die Projektorganisation betreffend die Schliessung des Schulheims Oberbipp festgelegt. Es wurden zwei Projektgruppen eingesetzt. Die Projektgruppe «Auflösung des Schulheimbetriebes» hat die Aufnahme- und die Personalpolitik zu bestimmen und zu gegebener Zeit die Auflösung der Aufsichtskommission in die Wege zu leiten. Die Projektgruppe «Neue Nutzung der Liegenschaft» beschäftigt sich mit Abklärungen in bezug auf mögliche Nachfolgelösungen und der Zukunft der Landwirtschaft. Unter Berücksichtigung der Anliegen aus obgenannter Motion wird eine Arbeitsgruppe bestehend aus Fachleuten aus dem Bereich der Jugendpsychiatrie und Betreuung jugendlicher Drogenkranke mögliche Nutzungsformen abklären. Erste Schritte in dieser Richtung wurden bereits eingeleitet.

*Postulat Omar* vom 9. Dezember 1991 betreffend Tarife für Kinderheime

Die Tarife wurden per 1. Januar 1993 der Teuerung angepasst. Ein einkommensabhängiges Tarifsysteem wird im Rahmen der nächsten Tarifierhöhung voraussichtlich per 1. Januar 1994 geprüft werden.

4.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

*Motion Gugger* vom 18. Mai 1989 betreffend Sicherstellung der Qualität bei der Pflege von Betagten und Behinderten

Es ist beabsichtigt, dem Anliegen der Motion im Bereich der öffentlichen Einrichtungen über eine Änderung des Fürsorgegesetzes

4.2. **Réalisation de motions et postulats adoptés**4.2.1 *Motions et postulats pour lesquels le délai de deux ans n'est pas écoulé*

*Motion von Gunten* du 20 septembre 1990 concernant la distribution d'opiates et d'alcoïdes par l'Etat (adoptée comme postulat)

*Postulat Büsschi* du 12 décembre 1990 concernant l'essai de distribution contrôlée de drogue (adopté comme postulat)

*Motion Schaer* du 10 décembre 1990 intitulée «Politique de la drogue: limitons les dégâts» (adoption du chiffre 1 comme postulat)

Dans le cadre de l'ordonnance du Conseil fédéral du 15 novembre, les villes de Berne, Bienne et Thoun ont fait auprès de l'Office fédéral de la santé publique une demande concernant la mise en place d'une expérience-pilote pour la distribution contrôlée de stupéfiants. L'expérience pourra commencer dès que l'administration fédérale aura donné son accord et que les moyens financiers nécessaires auront été dégagés (au plus tôt à l'automne 1993).

*Motion Reber* du 19 août 1991 concernant la réforme de la répartition des charges (adoptée comme postulat)

Dans le cadre du Plan de mesures Equilibre des finances 1993-1996, la Direction envisage la modification de la clé de répartition des charges. L'introduction d'une franchise obligatoire est à examiner dans ce contexte.

*Motion Blaser* du 22 août 1991 concernant les Centres d'accueil et d'examen des toxicomanes (adoptée comme postulat)

En 1993, le Grand Conseil aura à statuer sur une proposition de subventionnement d'un nouveau centre de désintoxication dans la région bernoise (Selhofen, Kehrsatz). Une partie des tâches demandées par le motionnaire pourra être exécutée dans le cadre de cette nouvelle institution.

*Motion Lüscher* du 22 août 1991 concernant les effets de la distribution de drogues sur l'activité des centres de désintoxication et de traitement (adoptée comme postulat)

Il sera tenu le plus grand compte possible de la demande du motionnaire dans le cadre de l'expérience-pilote de la distribution contrôlée de stupéfiants à Berne, Bienne et Thoun, selon l'ordonnance du Conseil fédéral du 15 novembre 1992.

*Motion Hurni* du 4 novembre 1991 concernant la fermeture du home-école d'Oberbipp (adoption du chiffre 2 comme postulat)

Par décision du 6 mars, les organes du projet de fermeture du home-école d'Oberbipp ont été désignés. Deux groupes ont été mis en place. Le premier, chargé de la dissolution du home-école, traite de la politique en matière de personnel et de remplacement, ainsi que de l'organisation de la dissolution à l'intention de la commission de surveillance. Le second, chargé de la nouvelle affectation du home-école, doit étudier les différentes propositions concernant les diverses solutions possibles et l'avenir du domaine agricole. Pour répondre à la demande de l'auteur de la motion, un groupe de travail composé de spécialistes dans le domaine de la psychiatrie pour adolescents et de l'encadrement d'adolescents toxicomanes sera chargé d'étudier les diverses possibilités d'affectation. Les premières démarches ont déjà été entreprises dans ce sens.

*Postulat Omar* du 9 décembre 1991 concernant les tarifs de foyers pour enfants

Les tarifs ont été adaptés au renchérissement le 1<sup>er</sup> janvier 1993. Le Conseil-exécutif est prêt à examiner la question d'un système tarifaire fondé sur le revenu dans le cadre de la prochaine hausse de tarifs prévue pour le 1<sup>er</sup> janvier 1994.

4.2.2 *Motions et postulats dont le délai a été prolongé*

*Motion Gugger* du 18 mai 1989 concernant la garantie de la qualité des soins donnés aux personnes âgées et aux handicapés

Il est prévu de réaliser la demande du motionnaire concernant les installations publiques dans le cadre de la révision de la loi sur les

(Art. 140) und im Bereich der privaten Einrichtungen über eine Änderung der Verordnung vom 18. September 1973 über die gewerbsmäßige Pflege von Betagten und Behinderten in Heimen und Familien Rechnung zu tragen. Die erforderliche Fürsorgegesetzesrevision (diese wird bekanntlich auch noch andere Bereiche betreffen, wie etwa die Abschaffung der Kreisfürsorgeinspektoren, die Zusammenlegung der Fürsorgekommission mit der Spital- und Heimkommission usw.) und die Änderung der Verordnung 73 (eine direktionsinterne Arbeitsgruppe hat bereits verschiedene Vorarbeiten geleistet) sollen im Verlaufe des ersten Halbjahres 1993 in Angriff genommen werden.

*Motion Blatter* vom 20. November 1989 betreffend Vorlegen eines kantonalen Alkoholkonzeptes (Annahme als Postulat).

Aus Kapazitätsgründen und wegen dringlicher Geschäfte (Arbeiten zur Erfüllung des Massnahmenplanes Haushaltgleichgewicht 1993–1996) waren die Arbeiten an der Gesundheitsplanung, in deren Rahmen das Anliegen des Motionärs bearbeitet werden soll, sistiert. Im Zusammenhang mit dem geplanten Um- und Neubau des sozialtherapeutischen Zentrums Kirchlindach wurden wichtige Vorarbeiten geleistet (Übersicht über die stationären und ambulanten Einrichtungen im Kanton Bern).

Bern, März 1993

Der Gesundheits- und Fürsorgedirektor: *Hermann Fehr*

Vom Regierungsrat genehmigt am 5. Mai 1993

## Anhang I

Zusammenfassung der Kosten im Asylbereich pro 1992

### 1. Bereich Erstaufnahme Stadt Bern

Der Betrieb des Erstaufnahmezentrums der Stadt Bern an der Bolligenstrasse mit einer Gesamtkapazität von 80 Plätzen wurde auch im Berichtsjahr weitergeführt.

Die Stadt Bern rechnet die Betriebskosten direkt mit dem Bund ab. Für den Staat entstehen in diesem Bereich keine Betriebsaufwendungen.

### 2. Bereich Erstaufnahme Kanton

#### 2.1 Erstaufnahmestellen der Heilsarmee

Im Zusammenhang mit der Redimensionierung der Unterkerungsstrukturen wurden folgende Erstaufnahmestellen der Heilsarmee (Zivilschutzanlagen) aufgelöst: Gümligen, Ittigen, Kehrsatz, Ostermundigen, PUK Waldau, Bolligen II, Rüfenacht und Zollikofen.

#### 2.2 Notunterkünfte des Kantons in anderen Zivilschutzanlagen

Im Berichtsjahr konnten in den kantonalen Notunterkünften in Biglen, Oberwichtach, an der Mülinenstrasse und im Hochfeld in Bern insgesamt 300 Plätze aufgehoben werden. Die Gesamtaufwendungen betragen 2 368 345.45 Franken. Es kann mit der vollumfänglichen Rückerstattung durch den Bund gerechnet werden. Ende Jahr war noch die städtische Zivilschutzanlage an der Effingerstrasse in Betrieb.

œuvres sociales (art. 140). En ce qui concerne les installations non subventionnées, il est prévu de réviser l'ordonnance du 18 septembre 1973 sur les soins donnés à titre professionnel dans des foyers et des familles à des personnes âgées ou handicapées. La révision de la loi sur les œuvres sociales (qui portera aussi sur d'autres domaines, comme la suppression des inspecteurs d'arrondissement des œuvres sociales, la fusion de la commission des œuvres sociales et de la commission des hôpitaux et foyers, etc.) et la modification de l'ordonnance 73 (pour laquelle un groupe de travail interne a déjà élaboré plusieurs avant-projets) seront mises en route au cours du premier semestre 1993.

*Motion Blatter* du 20 novembre 1989 concernant l'élaboration d'un programme cantonal en matière de lutte contre l'alcoolisme (adoptée comme postulat)

Les travaux concernant la planification dans le domaine de la santé, dans le cadre desquels la demande du motionnaire devait être étudiée, ont été ajournés en raison d'une surcharge de travail et du règlement d'affaires plus urgentes (travaux en vue de l'exécution des mesures du Plan de mesures Equilibre des finances 1993–1996). Cependant, d'importants travaux préparatoires ont eu lieu concernant la nouvelle construction du centre socio-thérapeutique de Kirchlindach (passage en revue des institutions hospitalières et ambulatoires du canton de Berne).

Berne, mars 1993

Le directeur des œuvres sociales: *Hermann Fehr*

Approuvé par le Conseil-exécutif le 5 mai 1993

## Annexe I

Bilan des coûts de l'asile en 1992

### 1. 1<sup>re</sup> phase: premier accueil, par la Ville de Berne

L'exploitation du centre de premier accueil de la Bolligenstrasse, dont la capacité d'accueil totale est de 80 places, s'est poursuivie au cours de l'année sous rapport.

La Confédération verse directement les frais d'exploitation à la Ville de Berne. Il n'en résulte donc aucune dépense d'exploitation pour l'Etat.

### 2. 1<sup>re</sup> phase: premier accueil, par le canton

#### 2.1 Centres de premier accueil de l'Armée du Salut

En raison de la volonté de réduction des capacités d'accueil, les centres de premier accueil suivants (abris de protection civile) ont été fermés: Gümligen, Ittigen, Kehrsatz, Ostermundigen, CPU Waldau, Bolligen, Rüfenacht et Zollikofen.

#### 2.2 Logements provisoires dans les abris de protection civile

Au cours de cet exercice, les logements provisoires offerts par le canton à Biglen et à Oberwichtach, à la Mülinenstrasse et à Hochfeld à Berne, soit en tout 300 places, ont pu être supprimés. Les dépenses totales se sont montées à 2 368 345 francs 45. On peut compter sur le remboursement intégral par la Confédération. A la fin de l'année, seul l'abri de protection civile de la Effingerstrasse était encore en exploitation.



2.3 **Hotelunterkünfte**

Während im Januar noch 640 Hotelplätze durch Asylsuchende belegt werden mussten, konnten diese bereits per Ende Mai auf 95 Plätze abgebaut werden. Ab 1. Juli waren keine Gesuchsteller mehr in Hotelstrukturen untergebracht. Die Kosten wurden vollumfänglich durch den Bund zurückerstattet.

3. **Bereich zweite Stufe; Durchgangszentren**3.1 **Durchgangszentren der Stadt Bern**

Die Stadt Bern führte im Auftrag des Kantons Ende 1992 628 Unterkunftplätze in den Zentren Bremgarten, Enggistein, Freiburgstrasse 114, Eymatt, Hinterkappelen, Münsingen Arastrasse, Roggwil, Studen und Weissensteinstrasse. Die Stadt Bern rechnet die Betriebskosten direkt mit dem Bund ab, so dass für den Kanton in diesem Bereiche keine Aufwendungen entstehen.

3.2 **Durchgangszentren der Städte Biel, Thun, Köniz und Burgdorf**

Die Stadt Biel führte im Berichtsjahr vier Durchgangszentren mit einer Gesamtkapazität von 233 Plätzen: Schlüssel Biel, Wohnhilfe Biel, Sonvilier und Tramelan.

Die Stadt Thun stellte dem Kanton in der gleichen Zeit in fünf Durchgangszentren 295 Plätze zur Verfügung: Meiringen, Interlaken, Unterseen, Spiez, Uetendorf und Thun.

Die Gemeinde Köniz betrieb das Durchgangszentrum Dreispitz mit 60 Unterkunftplätzen.

In Burgdorf bot die Gemeinde 48 Plätze im Durchgangszentrum Fischermätteli an.

Hinsichtlich der Aufwendungen für diese Zentren übernahm der Staat die Funktion als Durchlaufposten. Die Gesamtaufwendungen betragen 7 689 127.60 Franken.

Die Belegungszahl in den erwähnten Durchgangszentren schwankte zwischen 636 und 523 Plätzen.

3.3 **Durchgangszentren der Heilsarmee**

Die Heilsarmee führte im Berichtsjahr 18 Durchgangszentren mit einer Gesamtkapazität von 778 Plätzen.: Aarwangen, Belp, Bern, Bolligen, Büren a.d.A., Interlaken, Ittigen, Kehrsatz, Konolfingen, Münsingen, Ostermundigen, Schüpbach, Schüpfen, Staffelalp, Wyssachen. Die Betriebsaufwendungen für diese Unterkünfte betragen im Berichtsjahr 14 878 984.40 Franken. Es kann mit einer vollumfänglichen Rückerstattung durch den Bund gerechnet werden.

4. **Personalkosten**

Die gesamtkantonalen Personalkosten zulasten des Betreuerkontingentes betragen in diesem Jahr 7 465 227.25 Franken. Aufgrund der im Rahmen der Abbaumassnahmen getroffenen Stellenreduktion wurde das Betreuerstellenkontingent voll ausgeschöpft.

5. **Bernische Gemeinden der dritten Stufe**

Die Gemeinden bevorschussen die anfallenden Kosten. Der Staat ist lediglich Durchlaufposten. Die Gesamtaufwendungen betragen in diesem Jahr 14 628 151.20 Franken.

2.3 **Hôtels**

Alors qu'en janvier 640 places d'hôtel avaient dû être mises à la disposition des requérants d'asile, ce nombre a pu être réduit à 95 à la fin mai. A partir du 1<sup>er</sup> juillet, il n'y avait plus de requérant d'asile logé à l'hôtel. Les frais sont remboursés intégralement par la Confédération.

3. **2<sup>e</sup> phase: centres de transit**3.1 **Centres de transit de la Ville de Berne**

Sur mandat du canton, la Ville de Berne a offert 628 places dans les centres de Bremgarten, Enggistein, Freiburgstrasse 114, Eymatt, Hinterkappelen, Münsingen Aarstrasse, Roggwil, Studen et Weissensteinstrasse. La Confédération verse les frais d'exploitation directement à la Ville de Berne. Il n'en résulte donc aucune dépense pour l'Etat.

3.2 **Centres de transit des Villes de Thoune, de Bienne, de Köniz et de Berthoud**

La Ville de Bienne a offert 233 places dans les centres de Schlüssel Bienne, Wohnhilfe Bienne, Sonvilier et Tramelan.

Dans le même temps, la Ville de Thoune a mis à la disposition du canton un total de 295 places au cours de l'exercice, dans les centres de Meiringen, Interlaken, Unterseen, Spiez, Uetendorf et Thoune.

Quant à elle, la commune de Köniz a offert 60 places dans le centre de Dreispitz.

A Berthoud, la commune a offert 48 places dans le centre de Fischermätteli.

En ce qui concerne les dépenses, c'est l'Etat qui joue le rôle d'intermédiaire. Les frais se sont élevés au total à 7 689 127 francs 60.

523 à 636 places ont été occupées dans les centres précités durant l'exercice.

3.3 **Centres de transit de l'Armée du Salut**

L'Armée du Salut a offert un total de 778 places au cours de l'exercice dans les 18 centres suivants: Aarwangen, Belp, Berne, Bolligen, Büren a.d.A., Interlaken, Ittigen, Kehrsatz, Konolfingen, Münsingen, Ostermundigen, Schüpbach, Staffelalp, Wyssachen. Les frais d'exploitation se sont élevés au total à 14 878 984 francs 40. Les frais sont remboursés intégralement par la Confédération.

4. **Frais de personnel**

Pour l'ensemble du canton, les frais de personnel à la charge du contingent des postes d'encadrement ont atteint au total cette année 7 465 227 francs 25. En raison des mesures de réduction des effectifs, tous les postes du contingent ont été utilisés.

5. **3<sup>e</sup> phase: répartition entre les communes du canton de Berne**

Les communes avancent les frais occasionnés. L'Etat ne joue qu'un rôle d'intermédiaire. Les dépenses se sont élevées à 14 628 151 francs 20.

6. **Ausreisekosten**

132 662.80 Franken, vollumfängliche Rückerstattung durch den Bund.

7. **Verwaltungsaufwendungen**

Die Verwaltungsaufwendungen der zentrenführenden Städte Bern, Biel, Thun, Köniz und der Hilfswerke, die Verfahrenskosten der Kantonalen Fremdenpolizei, die Arbeit des KIGA und der Asylkoordination der Fürsorgedirektion beliefen sich auf 4 880 300.75 Franken.

8. **Kirchliche Kontaktstellen**

Gesamtaufwendungen: 485 921 Franken

9. **Zusammenfassung**

Kosten 1992	Fr.
Gruppenunterkünfte der Heilsarmee	14 878 984.40
Notunterkünfte in Zivilschutzanlagen	2 368 345.45
Hotelunterkünfte, Gesundheitskosten, Ersteinleitung, Unterstützungsleistungen	7 158 294.30
Durchgangszentren der Städte Biel, Thun, Köniz und Burgdorf	7 689 127.60
Personalkosten	7 465 227.25
Bernische Gemeinden der dritten Stufe	14 628 151.20
Grenzsanitarische Untersuchungen	675 220.45
Ausreisekosten	132 662.80
Verwaltungsaufwendungen	4 880 300.75
Kirchliche Kontaktstellen	485 921.00
Baubiträge des Bundes	7 166 465.15
Diverse Kosten	31 852.80
Total (Rückerstattungen durch den Bund nicht berücksichtigt)	67 560 553.15

**Anhang II**

Zahlungen im Drogenbereich pro 1992  
Direktsubventionierte und/oder  
beitragsberechtigte Institutionen

1. **Prävention**1.1 **Privatrechtliche Institutionen**

PLUS-Fachstellen für Sucht- und Gesundheitsfragen	Trägerschaft	Zahlungen 1992 <sup>1</sup> Fr.
Bern	Bernischer Verband für Suchtfragen	2 222 515
Biel	ditto	
Thun	ditto	
Langenthal	ditto	
Prophylaxe-Team in Bern	ditto	

1.2 **Öffentlich-rechtliche Institutionen**

Keine.

6. **Frais de retour**

132 662 francs 80, remboursés intégralement par la Confédération.

7. **Frais administratifs**

Les dépenses se sont élevées à 4 880 300 francs 75 et correspondent aux frais administratifs des Villes de Berne, Bienne, Thoune, Köniz et des œuvres d'entraide, ainsi qu'aux frais de procédure de la Police cantonale des étrangers et au travail de l'OCIAMT et du service de coordination en matière d'asile de la Direction des œuvres sociales.

8. **Offices de consultation sur l'asile**

Coût total: 485 921 francs

9. **Résumé**

Coûts 1992	Fr.
Logements collectifs de l'Armée du Salut	14 878 984.40
Logements provisoires dans les abris de protection civile	2 368 345.45
Hôtels, encadrement, vêtements, prestations d'assistance	7 158 294.30
Centres de transit de la Ville Bienne et de la Ville de Thoune, des communes de Köniz et de Berthoud	7 689 127.60
Frais en personnel	7 465 227.25
3 <sup>e</sup> phase: répartition entre les communes du canton de Berne	14 628 151.20
Contrôles sanitaires aux frontières	675 220.45
Frais de retour	132 662.80
Frais administratifs	4 880 300.75
Offices de consultation sur l'asile	485 921.00
Subventions fédérales à la construction	7 166 465.15
Frais divers	31 852.80
Total (compte non tenu des remboursements par la Confédération)	67 560 553.15

**Annexe II**

Coût de la lutte contre la toxicomanie en 1992  
Institutions subventionnées directement et/ou à forfait

1. **Prévention**1.1 **Institutions de droit privé**

Centres PLUS de promotion de la santé et de prévention des toxicomanies	Collectivité responsable	Dépenses 1992 <sup>1</sup> francs
Berne	Association bernoise pour les questions de toxicomanies	2 222 515
Bienne	idem	
Thoune	idem	
Langenthal	idem	
«Prophylaxe-Team» Berne	idem	

1.2 **Institutions de droit public**

Aucune.

## 1.3 Kirchliche Institutionen

	Trägerschaft	Zahlungen 1992 <sup>1</sup> Fr.
Kirchliches Amt für Drogenfragen	Evangelische Kirche des Kantons Bern	90 000

## 2. Beratung/ambulante Betreuung

## 2.1 Privatrechtliche Institutionen

	Trägerschaft	Zahlungen 1992 <sup>1</sup> Fr.
Contact-Bern	Stiftung Contact	5 798 369
Contact-Thun	Verein Sozialberatungsdienste Amt Thun	947 629
DROP-In Biel	Verein zur Verhütung der Drogensucht in Biel	1 525 545
JUDRO Burgdorf	Verein Beratungsstelle für Suchtprobleme, Amt Burgdorf	246 250
Jugendberatung Langenthal	Kirchgemeindeverband Oberaargau	210 200
Jugendberatung Langnau	Kirchgemeindeverband Oberemmental	96 000
Jugendberatung Laufen	Verein Sozialdienste Laufen	134 679

## 2.2 Öffentlich-rechtliche Institutionen

	Trägerschaft	Zahlungen 1992 <sup>1</sup> Fr.
Contact-Tavannes	Fédération des Communes du Jura bernois	265 063

## 3. Wohngemeinschaften/stationäre Betreuung

## 3.1 Privatrechtliche Institutionen

	Trägerschaft	Zahlungen 1992 <sup>1</sup> Fr.
Wohngemeinschaft «Rüdli» Wimmis	Verein sozialtherap. Gemeinschaft «Rüdli»	142 717
AEBI-HUS, Leubringen	Stiftung Drogenhilfe Aebi-Hus	– (Polizeidirektion, da Massnahmen)
Stiftung «Hilfe zum Leben»	Stiftung Hilfe zum Leben	25 989
Wohngemeinschaft «Schlüssel», Detligen	Stiftung Terra Vecchia	35 445
Gemeinschaft «Melchenbühl», Gümligen und Brienzwiler	ditto	43 945
Wohngemeinschaft «Bordei», Bordei, TI	ditto	28 560
Wohngemeinschaft Sonnegg, Heiligenschwendi	ditto	38 845
		35 700

## 3.2 Öffentlich-rechtliche Institutionen

	Trägerschaft	Zahlungen 1992 <sup>1</sup> Fr.
Wohngemeinschaft «Vacheries du Fuet» und Wohngemeinschaft für Jugendliche «CRCJ» St-Imier	Kantonale psychiatr. Klinik Bellelay	enthalten im Gesamtbudget

## 1.3 Institutions ecclésiastiques

	Collectivité responsable	Dépenses 1992 <sup>1</sup> francs
Ministère paroissial pour les problèmes de toxicomanie	Eglise évangélique du canton de Berne	90 000

## 2. Consultation/prise en charge ambulatoire

## 2.1 Institutions de droit privé

	Collectivité responsable	Dépenses 1992 <sup>1</sup> francs
Contact-Berne	Fondation Contact	5 798 369
Contact-Thoune	Association «Sozialberatungsdienst Amt Thun»	947 629
DROP-In Bienne	Association «Verein zur Verhütung der Drogensucht», Bienne	1 525 545
JUDRO Berthoud	Association «Beratungsstelle für Suchtprobleme, Amt Burgdorf»	246 250
Jugendberatung Langenthal	Association paroissiale Haute-Argovie	210 200
Jugendberatung Langnau	Association paroissiale Oberemmental	96 000
Jugendberatung Laufen	Association «Sozialdienste Laufen»	134 679

## 2.2 Institutions de droit public

	Collectivité responsable	Dépenses 1992 <sup>1</sup> francs
Contact-Tavannes	Fédération des Communes du Jura bernois	265 063

## 3. Communautés d'habitation/prise en charge hospitalière

## 3.1 Institutions de droit privé

	Collectivité responsable	Dépenses 1992 <sup>1</sup> francs
Communauté d'habitation «Rüdli», Wimmis	Association «Sozialtherapeutische Gemeinschaft «Rüdli»	142 717
AEBI-HUS, Evillard	Fondation «Drogenhilfe Aebi-Hus»	– (ressortissent à la Direction de la police)
Fondation «Hilfe zum Leben»	Fondation «Hilfe zum Leben»	25 989
Communauté d'habitation «Schlüssel», Detligen	Fondation Terra Vecchia	35 445
«Melchenbühl»	idem	43 945
Gümligen et Brienzwiler	idem	28 560
Communauté d'habitation «Bordei», Bordei, TI	idem	38 845
Communauté d'habitation Sonnegg, Heiligenschwendi	idem	35 700

## 3.2 Institutions de droit public

	Collectivité responsable	Dépenses 1992 <sup>1</sup> francs
Communauté d'habitation «Vacheries du Fuet» et communauté d'habitation pour jeunes «CRCJ» Saint-Imier	Clinique psychiatrique cantonale de Bellelay	inclus dans le budget global

## 4. Entzugseinrichtungen

## 4.1 Privatrechtliche Institutionen

	Trägerschaft	Zahlungen 1992 <sup>1</sup> Fr.
Verein «Freier Fall», Bern	Verein «Freier Fall»	284 039
Niederschwellige Entzugsstation «Fallschirm», Biel	Verein «Fallschirm»	200 000
Niederschwellige Entzugsstation «Klarer Fall», Thun	Verein «Klarer Fall»	200 000

## 4.2 Öffentliche Institutionen

	Trägerschaft	Zahlungen 1992 <sup>1</sup> Fr.
Entzugsstation K2	Psychiatr. Universitätsklinik Waldau	enthalten im Gesamtbudget
Entzugsstation der Klinik Bellelay	Kantonale psychiatr. Klinik Bellelay	enthalten im Gesamtbudget

## 5. Überlebenshilfe

## 5.1 Privatrechtliche Institutionen

	Trägerschaft	Zahlungen 1992 <sup>1</sup> Fr.
Anlaufstelle Murtenstrasse	Stiftung Contact-Bern	enthalten im Gesamtbudget
Anlaufstelle Nägelligasse	ditto	ditto

## 6. Nachsorge

## 6.1 Privatrechtliche Institutionen

	Trägerschaft	Zahlungen 1992 <sup>1</sup> Fr.
Arbi-Bern	Stiftung Drogenhilfe Aebi-Hus	enthalten im Gesamtbudget
Nachsorge «Rüdl»	Verein sozialtherapeut. Gemeinschaft «Rüdl»	enthalten im Gesamtbudget
Kirchliches Amt für Drogenfragen	Evangelische Kirche des Kantons Bern	enthalten im Gesamtbudget

<sup>1</sup> Die Zahlen beruhen auf dem Kassenprinzip. Gewisse Schlusszahlungen können erst im Folgejahr geleistet werden, da noch Bundesbeiträge ausstehen.

## 4. Institutions de désintoxication

## 4.1 Institutions de droit privé

	Collectivité responsable	Dépenses 1992 <sup>1</sup> francs
Association «Freier Fall», Berne	Association «Freier Fall»	284 039
Unité de désintoxication souple «Parachute», Bienne	Association «Parachute»	200 000
Unité de désintoxication souple «Klarer Fall», Thoune	Association «Klarer Fall»	200 000

## 4.2 Institutions de droit public

	Collectivité responsable	Dépenses 1992 <sup>1</sup> francs
Unité de désintoxication K2	Clinique psychiatrique universitaire de la Waldau	inclus dans le budget global
Unité de désintoxication de la clinique de Bellelay	Clinique psychiatrique de Bellelay	inclus dans le budget global

## 5. Aide à la survie

## 5.1 Institutions de droit privé

	Collectivité responsable	Dépenses 1992 <sup>1</sup> francs
Antenne de la Murtenstrasse	Fondation Contact-Berne	inclus dans le budget global
Antenne de la Nägelistrasse	idem	idem

## 6. Prise en charge ultérieure

## 6.1 Institutions de droit privé

	Collectivité responsable	Dépenses 1992 <sup>1</sup> francs
Arbi-Bern	Fondation «Drogenhilfe Aebi-Hus»	inclus dans le budget global
Nachsorge Rüdl	Association «Sozialtherapeut. Gemeinschaft «Rüdl»	inclus dans le budget global
Ministère paroissial pour les problèmes de toxicomanie	Eglise évangélique du canton de Berne	inclus dans le budget global

<sup>1</sup> Les chiffres reposent sur le principe de caisse. Un certain nombre de versements finaux ne pourront avoir lieu que l'année suivante, certaines contributions fédérales n'ayant, de leur côté, pas encore été versées.

